Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

250 (25.10.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-455122

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 150.00 Mark, dazu 11.00 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 150.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 450.00 Mark, monatlich 150.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 7 Mk.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 4.00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 3.00 Mk., für Anzeigen aus wärtiger Inserenten 6.00 Mk., Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 25.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland – Oldenburger Volksblatt

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Mittwoch, 25. Oktober 1922 * Nr. 250

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Steigende Arbeitsleistung, höhere Arbeitsintensität beim Achtstundentag.

Von Edwin Renninger, Redakteur im Porzellanarbeiter-Verband.

Nach der Arbeitgeberzeitung hat Herr Dr. Carl Friedrich v. Siemens auf der diesjährigen demokratischen Wirtschaftstagung in Eisenach die These aufgestellt: „Die deutsche Produktion erreicht heute keine 70 Prozent der Vorkriegsproduktion. Die Ursachen sind: 1. die schematische, unsinnige Durchführung des Achtstundentages; 2. das Nachlassen der Arbeitsintensität infolge sozialistischer Nivellierung und 3. das Anwachsen der unproduktiven Arbeit infolge der staatlichen sozialistischen Eingriffe in die Wirtschaft."

In diesem allgemeinen Sinn schreiben unternehmerfreundliche Tageszeitungen, alle möglichen Fachzeitschriften und sonstigen Blätter. Den allgemeinen Redensarten werden selten Beweise beigefügt, und wenn, so sind es aufgebauschte Ausnahmefälle, deren Ursachen vielfach auf anderen Gebieten liegen.

Daß die allgemein aufgestellten Behauptungen nicht auf alle Industrien zutreffen, dafür sind die Arbeitgebererfahrungen in der Porzellanindustrie ein Beweis. In ihrer Fachzeitschrift „Keramos" (Heft 3, Jahrgang 1922) gestehen sie nämlich einmal unumwunden zu, daß in der Porzellanindustrie in der zur Verfügung stehenden achtstündigen Arbeitszeit mehr geleistet wird als in der gleichen in Vorkriegs- und Kriegsverhältnissen, ja sogar, daß sich auch die Arbeitsintensität gesteigert hat. Dieses wichtige Eingeständnis bezieht sich auf rund 80 000 Beschäftigte, darunter über 30 000 weibliche. Die Zeitschrift schreibt wörtlich: „Im großen und ganzen und besonders in der letzten Zeit hat sich die Arbeitsintensität gesteigert, so daß in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit mehr geleistet wird, als in der gleichen in Vorkriegs- und Kriegsverhältnissen geleistet worden ist." Anschließend daran wird noch behauptet, die Qualität der Arbeit ließe zu wünschen übrig, was aus dem Bruchabfall hervorgehe. Als Beweis, daß doch nicht soviel wie in Vorkriegszeiten bei zehn- und mehrstündiger Arbeitszeit geleistet wird, führen die Unternehmer Zahlen an über die in Betrieb genommenen Oefen. Sie schreiben: „So gab es zum Beispiel im Bereich des Verbandes deutscher Porzellangeschirrfabriken im Juni 1921 718 Oefen, von denen nur 601 in Betrieb kamen. Auch in den Monaten, in denen ausländische Kohle noch billig zu haben war, wie im Januar 1921, kamen von 639 Oefen nur 524 in Betrieb. (Im Januar handelte es sich um 98 Fabriken und im Juni um 103)." Der mangelhaften Kohlenversorgung werden im weiteren 50 Prozent des Ofenausfalles zur Last gelegt.

Diese Einschränkungen werden dem wertvollen Zugeständnis in bezug auf die günstigen Wirkungen des Achtstundentages mit der Absicht angehängt, sie abzuschwächen. Bei näherer Untersuchung ergibt sich, daß die Zahlen noch keinen Produktionsausfall beweisen. Der von der Unternehmerseite berechnete Ofenausfall ist nämlich wieder wettgemacht durch eine Vergrößerung des Kubikinhaltes der Oefen infolge Verringern des Innenfutters und Versenkung des Pflasters, sowie besserer Ausnützung des Brennkapselraumes, wodurch mehr Gegenstände in einen Ofen gegen früher hineingehen. Auch die Ofenbrenndauer wurde durchschnittlich um einige Stunden verkürzt, wodurch weitere Ersparnisse erzielt wurden.

Die zugestandene gesteigerte Arbeitsintensität läßt sich durch Einzelunterlagen, die sich auf viele Betriebe der Porzellanindustrie erstrecken, erhärten. In der Fabrik in T. haben sich die Arbeitsleistungen innerhalb der 47—48-stündigen Arbeitswoche gegen die 57stündige frühere um 70 Prozent erhöht. Dort bestehen noch die Grundpreise von 1914, mit denen in der 57stündigen Arbeitswoche rund 80 Mark Lohn erzielt wurden. Die Arbeitsleistung hat sich jetzt so gesteigert, daß die Beschäftigten unter den gleichen Verhältnissen in 47 Wochenstunden 85 Mark mit den seinerzeitigen Grundpreisen verdienen. Wie dort, so ist es in vielen Betrieben in Thüringen, Bayern, Sachsen und Schlesien. In dem Betrieb S. u. Sch. zu R. in Thüringen wurden 1914 von dem mit Nummer 5756 bezeichneten Artikel in zehn Stunden 150 Stück angefertigt, jetzt unter den gleichen Bedingungen in acht Stunden 300 Stück. Bei dem Artikel 7082 ist das Verhältnis wie 110 zu 200, bei dem Nr. 872 wie 7 zu 11, bei dem Isolator Nr. 85 wie 1240 zu 1810. Aehnliche Leistungssteigerungen wurden in dem Betrieb Sch. zu H. (Thüringen) erreicht. Die Zahlen verhalten sich dort bei den Artikeln Nr. 5756 wie 150 zu 300, bei Nr. 4979 wie 1200 zu 2000, bei 7202 wie 350 zu 550, bei Nr. 8207 wie 250 zu 400 usw. Diese tatsächlichen Angaben beziehen sich auf die Gestaltung von Gegenständen.

In anderen Sparten sind ähnliche Leistungssteigerungen festgestellt.

Die Feststellungen lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die wirkliche Steigerung der Arbeitsintensität noch bedeutend größer ist als die Unternehmer sie zugestehen. Damit sind auch die von Arbeitgebergrößen aufgestellten allgemeinen Behauptungen für eine Industrie und zwar für die Porzellanindustrie genügend widerlegt.

Hoffentlich nehmen auch die unternehmerfreundlichen Zeitungen einmal von den günstigsten Wirkungen des Achtstundentages, von der gesteigerten Arbeitsleistung und der erhöhten Arbeitsintensität Notiz. So wie bei der Porzellanindustrie wird es auch in anderen Industrien sein. Arbeitnehmer, bringt weitere Beweise und schlagt den Gegnern des Achtstundentages damit die Waffen gegen euch aus der Hand.

Internationaler Arbeiterschutz.

Aus Genf erhalten wir nachfolgenden informatorischen Bericht, den wir seines aufklärenden Charakters wegen gerne wiedergeben, obwohl wir bereits einige Einzelheiten zu dem Thema in den letzten Tagen gebracht haben. Red.

Die Internationale Arbeitsorganisation trat am 18. Oktober 1922 zu ihrer vierten Jahreskonferenz in Genf zusammen. Ein umfassender Bericht über die Tätigkeit der Organisation im letzten Verwaltungsjahre und über den Stand der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung wurde den Delegierten vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes vorgelegt.

Die Organisation besteht nun aus 55 Mitgliedstaaten, zu denen auch Deutschland, Oesterreich und Ungarn gehören. Zwei große Länder stehen noch fern, nämlich Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Haltung der Sowjetregierung ist nach wie vor eine grundsätzlich ablehnende, doch ist es immerhin von einiger Bedeutung, daß es anläßlich der Konferenzen in Genua und im Haag der Abteilung für russische Angelegenheiten im Internationalen Arbeitsamt gelang, mit Vertretern Rußlands in Beziehung zu treten.

Aus dem erwähnten Bericht geht hervor, daß die Annahme von Entwürfen internationaler Arbeiterschutzverträge durch die Regierungen der Mitgliedstaaten seit Oktober 1921 befriedigende Fortschritte machte. Es waren in diesem Jahre nämlich 86 neue Ratifikationen solcher Verträge zu verzeichnen. In 21 weiteren Fällen wurde von den zuständigen Stellen die Ratifikation von Verträgen empfohlen. Zur Durchführung von Beschlüssen früherer internationaler Arbeiterschutzkonferenzen wurden in den Mitgliedstaaten 55 gesetzgeberische Maßnahmen entweder bereits beschlossen oder den Parlamenten zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der im Jahre 1919 zu Washington beschlossene Entwurf eines internationalen Vertrages über den achtstündigen Arbeitstag wurde im laufenden Jahre nur von einem Staat, und zwar Bulgarien, ratifiziert. Bereits früher ratifizierten haben vier andere Staaten. Die britische Regierung forderte schon im vorigen Jahre eine Abänderung dieses Washingtoner Entwurfs, doch hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes seine Zustimmung dazu nicht gegeben, es wurden vielmehr weitere Bemühungen unternommen, um namentlich die wirtschaftlich bedeutendsten Staaten zur Annahme der Washingtoner Vereinbarung zu veranlassen.

Die Frage der Arbeitszeitbeschränkung steht in engem Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, das einer der wichtigsten Verhandlungsgegenstände der diesjährigen Arbeitskonferenz sein wird. Einige die Sache berührende Maßnahmen wurden schon auf den früheren Konferenzen beschlossen, doch sind sie nicht von einschneidender Bedeutung. Um der Arbeitslosigkeit wirksam zu begegnen, gilt es, die wirtschaftlichen Uebel der Gegenwart an der Wurzel zu fassen, vor allem die kommerziellen Beziehungen der Staaten wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen, die Geldmärkte zu stabilisieren und die Beschaffung von Rohmaterialien zu erleichtern. Die Initiative dazu liegt jedoch außerhalb des Wirkungsbereiches der Internationalen Arbeitsorganisation.

Mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in Beziehung stehen unter anderem die Arbeiterwanderungen. Auf sie bezügliche Beschlüsse hat die erste Arbeitskonferenz zu Washington gefaßt. Diesmal wird über die Beschaffung verläßlicher Unterlagen für weitere internationale Regelungen verhandelt.

Fragen des Gesundheitsschutzes der Arbeiter werden in dem Berichte des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes ebenfalls behandelt, namentlich die Verhütung des Milzbrandes durch verseuchte Wollen, sowie der Bleivergiftung im Malergewerbe. Ueberdies wird über den Stand des Verbots der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündhölzchenfabrikation und des gewerbehygienischen Dienstes der Staaten im allgemeinen unterrichtet.

Auf den genannten wie auf anderen Gebieten des Arbeiterschutzes wurden die von der Internationalen Arbeitsorganisation eingeleiteten Bestrebungen methodisch und beharrlich fortgesetzt. In manchen Ländern ist der Fortschritt langsam, aber kein nationales Gemeinwesen verschließt sich der Aufgabe, die Lage der arbeitenden Volkskreise zu verbessern und die soziale Gerechtigkeit zu fördern. Der praktische Wert der Beschlüsse der Arbeitskonferenzen darf auch nicht nur nach der Zahl der erzielten Ratifikationen beurteilt werden. Die Texte der Beschlüsse legen den Gesetzgebungen der Staaten neue Maßnahmen nahe, und in ihrer Gesamtheit bilden sie ein Mindestprogramm, das vielfach die Grundlage bildet zur Ausgestaltung der schon bestehenden sozialpolitischen Errungenschaften.

Neben der Einleitung des Schutzes der Arbeiter und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen weist der Friedensvertrag der Internationalen Arbeitsorganisation die Aufgabe zu, Nachrichten über alle Zweige ihres Tätigkeitsgebietes zu sammeln und weiter zu verbreiten. Zu diesem Zwecke werden alle erhältlichen auf die Arbeit bezüglichen Dokumente, wie auch Angaben der Presse gesammelt und es sind eine schon recht umfangreiche Bibliothek und ein Archiv vorhanden. Ein Teil der Nachrichten wird in den Zeitschriften des Internationalen Arbeitsamtes veröffentlicht. Nicht minder wichtig als dieses publizistische Wirken ist die schriftliche Auskunfterteilung an Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen.

Deutsche Notgemeinschaft.

Die Vorarbeiten zur Gründung der großen Deutschen Notgemeinschaft sind nun soweit abgeschlossen, daß am Montag die Einladungen des Reichsarbeitsministeriums an die in Frage kommenden Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie an die Presse hinausgegangen sind. Die Gründung der Deutschen Notgemeinschaft soll am Montag der nächsten Woche, vormittags 11 Uhr, im Reichsarbeitsministerium erfolgen.

Staatsarbeiterpensionen.

Nach den Beschlüssen der Nationalversammlung und der Reichsregierung sollen die bis zum 30. April 1920 erworbenen Pensionsansprüche der Arbeiter der früheren Heeres- und Marinebetriebe, die in die Dienste der Deutschen Werke-Akt.-Gesellschaft übergetreten sind, aus der von dieser Gesellschaft gegründeten Versorgungskasse erfüllt werden. Das der Versorgungskasse vom Reich zur Abgeltung der Versorgungsansprüche zur Verfügung gestellte Kapital ist so gering bemessen, daß den bei der Deutsche Werke-Aktiengesellschaft pensionierten alten Staatsarbeitern aus der Versorgungskasse eine Pension nur in der Höhe gezahlt werden kann, wie sie die Rentner des Reiches am 1. Mai 1920 bekamen. Die durch die andauernde Geldentwertung dringend notwendig gewordene Erhöhung der Pensionen konnte durch die Versorgungskasse der Deutschen Werke-Aktiengesellschaft nicht erfolgen, während das Reich seinen Pensionären die Bezüge wiederholt erhöht hat. Die vor dem 30. April 1920 pensionierten Staatsarbeiter erhalten zurzeit vom Reich, wenn sie 40 Dienstjahre aufweisen, monatlich 3000 Mark, ein bei der Deutschen Werke-Aktiengesellschaft pensionierter früherer Staatsarbeiter aus der Versorgungskasse nur etwa 120 Mark. Die letzteren befinden sich in bitterster Not.

Die Genossen Hoch und Brandes haben daher im Reichstag eine Anfrage eingebracht. Sie fragen die Regierung, ob sie bereit ist, der Versorgungskasse die Zuschüsse zu geben, die den nach dem 30. April 1920 pensionierten ehemaligen Staatsarbeitern eine gleich hohe Unterstützung sichert wie den übrigen.

Zur Sicherung der Volksernährung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Entschließung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die inländische Ablieferung weit hinter den gesetzlichen Ablieferungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarstand von über viertausend völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften. Das erfordert die restlose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahme ruft die Gefahr der Verfütterung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus hervor. Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Politische Rundschau.

Verdoppelung des Markenbrotpreises in Berlin. Infolge der Verdierfachung des Getreidepreises unterbreitete der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins seinen Beschluß, der eine Verdoppelung des Markenbrotpreises vorsieht, dem Ernährungsausschuß des Magistrats. Der neue Markenbrotpreis soll bereits nächste Woche in Kraft treten. Für markenfreie Backware wurden die Preise vom Zweckverband der Bäckermeister mit Wirkung von heute ab folgendermaßen festgesetzt: Brot 1150 Gramm 200 Mark, eine Schrippe 8 Mark. In der kommenden Woche dürften die Preise weiter erhöht werden. — Der Preis für freies Mehl ist an der heutigen Frühbörse von 28 000 Mark auf 32 000 Mark für den Doppelzentner gestiegen.

Zum Attentat auf Harden. Zum Attentat auf Maximilian Harden liegt das Ermittelungsergebnis jetzt der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage vor. Die Untersuchung hat eine Verzögerung erfahren, weil sich vor einiger Zeit ein Feldwebel Hübner unter der Selbstbezichtigung, Mittäter zu sein, dem Untersuchungsrichter gestellt hatte und in Haft genommen worden war. Hübner scheint eine Irreführung des Gerichts bezweckt zu haben, da seine Angaben bei näherer Nachprüfung als unrichtig befunden worden sind. Der Täter Ankermann ist bisher noch nicht ergriffen. Die Anklage wird daher voraussichtlich nur gegen den Buchhändler Grenz und den Mittäter Weichardt erhoben werden.

Politische Notizen. Der Oberreichsanwalt hat gegen den deutschnationalen Pfarrer Dr. Traub wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Strafantrag gestellt. — Dem oldenburgischen Landtag ist ein demokratischer Antrag zugegangen, in welchem die Regierung ersucht wird, dem Landtag baldigst ein vorübergehendes Notgesetz über Wohlfahrtspflege vorzulegen.

Landesbibliothek Oldenburg

Ebert Reichspräsident bis 1925.

Die Erhöhung der Getreideumlage angenommen.

Vor schwach besetztem Hause werden zunächst kleine Anfragen beantwortet. Auf eine Anfrage Kahl (D. Vp.) teilt die Regierung mit, daß dem Reichstag demnächst eine Zusammenstellung über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen zugehen wird. Ein Antrage Giebel (Soz.) weist auf den Kartoffelmangel in den Großstädten hin und sieht die Ursache dieses Mangels in der Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte, die auf bessere Preise hoffen. Die Regierung antwortet, daß ihr von einer absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln nichts bekannt ist.

Eine demokratische Interpellation über die gesetzliche Regelung der Lehrerausbildung wird die Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten.

Die vierte Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 6. Oktober 1922 wird ohne Debatte dem Ausschuß überwiesen.

Debattelos erledigt werden ferner die Gesetzentwürfe über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen, die Verlängerung der Zuckerungsfrist für Wein aus der Ernte 1922, die Aenderung des Art. 180 der Reichsverfassung (Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis 30. Juni 1925) und die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Die zu den beiden letzten Entwürfen beantragten namentlichen Abstimmungen werden ausgesetzt.

Es wird dann eine Verhandlungspause eingelegt, da die zur Beratung der Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte notwendigen Regierungsvertreter noch nicht anwesend sind.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen tritt das Haus in die dritte Lesung des Gesetzes über die Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte ein. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bittet, die Beschlüsse der zweiten Lesung über die Amtsdauer der Direktoren und der höheren Beamten rückgängig zu machen und ihre lebenslängliche Anstellung zu beschließen. Abg. Andre (Ztr.) begründet einen Eventualantrag, die lebenslängliche Anstellung so zu gestalten, daß sie in den ersten drei Jahren widerrufen werden kann. Die Abgg. Giebel (Soz.) und Erkelenz (Dem.) treten dem Antrag entgegen und befürworten die Beschlüsse der zweiten Lesung auf zwölfjährige Amtsdauer. Nach weiterer Debatte, an der sich neben dem Reichsarbeitsminister die Abgg. Malzahn (Komm.) und Thiel (D. Vp.), der für den Zentrumsantrag eintritt, beteiligen, wird der Antrag auf lebenslängliche Anstellung in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 182 Stimmen abgelehnt. Der Eventualantrag des Zentrums wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Die Direktoren und höheren Beamten werden also auf Lebenszeit angestellt. Innerhalb ihrer ersten drei Amtsjahre kann die lebenslängliche Anstellung widerrufen werden. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Vor Eintritt in die Schlußabstimmung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten beantragen die Abgg. Koenen (Komm.) und Ledebour (U. Soz.) die Wiederaufnahme der Besprechung. Ledebour droht mit dem Appell an die Massen. — Abg. Müller-Franken (Soz.) tritt der Behauptung Ledebours, zwischen den Parteien und dem Präsidenten Löbe sei ein Abkommen getroffen worden, die dritte Lesung ohne Debatte zu erledigen, entgegen und erklärt unter heiterem Beifall des Hauses, die Sozialdemokratie sehe mit Freuden dem Appell der Partei Ledebours an die Massen entgegen. — Der Antrag Koenen wird abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei mit 314 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Danach ist der jetzige Reichspräsident Ebert der erste verfassungsmäßige Präsident des Deutschen Reiches. Seine Amtsdauer läuft am 30. Juni 1925 ab.

Der Antrag der Deutschnationalen, das Inkrafttreten dieses Gesetzes um zwei Monate auszusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Da das zur Aufschiebung der Wirksamkeit eines Gesetzes notwendige Drittel der abgegebenen Stimmen von zwei Drittel der Reichstagsmitglieder nicht vorhanden ist, tritt die Verfassungsänderung sofort in Kraft. Präsident Löbe teilt mit, daß das Präsidium des Reichstages sich sofort nach Beendigung der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben, ihm von dem Ergebnis der Abstimmung unterrichten und fragen wird, ob er bereit ist, gemäß den Beschlüssen des Reichstages die Geschäfte weiterzuführen. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Höllein (Komm.) besteigt die Rednertribüne und ruft, sich wiederholt versprechend: „Es lebe die Republik und ihr Präsident von Stinnes Gnaden!“ (Heiterkeit und Unruhe.)

Vor Beginn der namentlichen Schlußabstimmung über die Getreideumlage beantragen die Abgg. Koenen (Komm.) und Ledebour (U. Soz.) die Wiedereröffnung der Debatte. In einer ausgedehnten und erregten Geschäftsordnungsdebatte stellt Abg. Dittmann (Soz.) fest, daß in der Vormittagssitzung dieser Tagesordnungspunkt ordnungsgemäß erledigt wurde, daß aber weder Koenen noch Ledebour anwesend waren, um das Wort zu ergreifen. Auch Präsident Löbe weist die Verdächtigungen der Antragsteller zurück. — Abg. Koenen (Komm.) verliest ein Schreiben des Reichsausschusses der Betriebsräte an das Reichstagspräsidium, in dem die Zulassung eines Vertreters des Reichsausschusses zu der Beratung gefordert wird. — Nachdem Ledebour noch einmal den Reichstag belustigt hat, wird der Antrag auf Wiedereröffnung der Debatte abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird mit 236 gegen 160 Stimmen der sozialistischen Parteien die Vervierfachung des Preises für das erste Umlagedrittel beschlossen.

Abg. Ledebour (US.) beantragt die Vertagung um eine Stunde. Währenddem soll der Kanzler herbeigerufen werden, um zu erklären, auf welche Parteien er sich in Zukunft stützen will, nachdem ihn die stärkste Partei der Regierung in einer so lebenswichtigen Frage verlassen hat. — Abg. Koenen (Komm.) unterstützt diesen Antrag, der gegen die Antragsteller abgelehnt wird.

Der Antrag auf Aenderung der Umsatzsteuer wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Ausschuß die Beratung noch nicht beendet hat. — Nächste Sitzung: 7. November, 3 Uhr nachmittags.

Aus dem Preußenparlament.

Der Landtag führte am Dienstag zunächst die gemeinsame Besprechung der neun Großen Anfragen über die Zustände im besetzten Gebiet und im Saarlande zu Ende. Ein Regierungsvertreter erklärte, es seien zur Besserung der Milchversorgung der Bevölkerung im Aachener Gebiet bereits die nötigen Maßnahmen ergriffen worden. Ferner sei Anweisung ergangen, die Quartierentschädigung der Geldentwertung anzupassen. Gegen den Ausverkauf sei bereits eine Polizeiverordnung hinausgegangen. Das Zollpersonal an der Grenze sei verschärft.

Nach Abschluß der Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Kiel und der Entwurf über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Förderung der Königsberger Hafenanlagen angenommen. Annahme findet ferner der Gesetzentwurf über die Aenderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten. Eine Entschließung, die für die künftigen Besoldungsverhandlungen eine Verminderung der Spannung in den verschiedenen Ortsklassen verlangt, findet ebenfalls Annahme. Nach der Neuregelung des Ortszuschlages beläuft sich dieser in der Ortsklasse A auf 2400 bis 6000 Mk., in B auf 1800 bis 4500 Mk., in C auf 1500 bis 3800 Mark, in D auf 1200 bis 3000 Mk., in E auf 900 bis 2300 Mark. Ohne Aussprache werden weiter angenommen die Gesetzentwürfe über die Neubesoldungen für Lehrer und Lehrerinnen an Volks- und Mittelschulen. Schließlich findet noch Annahme der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des preußischen Landtages. Danach wird für die Landtagsmitglieder die Aufwandsentschädigung von 25 000 auf 36 000 Mark heraufgesetzt. Hierzu tritt der bei den Beamtengehältern vorgesehene allgemeine gleiche prozentuale Ausgleichszuschlag. Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch 11 Uhr.

Berliner Beratungen.

Wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erfährt, hat die Reparationskommission einstimmig beschlossen, am Montag mit der Reichsregierung in Berlin Verhandlungen über eine Stabilisierung der Mark, wie über alle sonstigen finanzpolitischen Probleme zu führen. — Die Reparationskommission wird auf ihrer Reise nach Berlin von Barthou geführt.

*

Unter den ausländischen Finanz-Sachverständigen, die die Reichsregierung zu einer gemeinsamen Besprechung für Mitte der kommenden Woche eingeladen hat, befinden sich u. a. auch der Engländer Keynes und der Schwede Cassel.

*

Laut einer Berliner Meldung der „Daily News“ berät die deutsche Regierung mit einem amerikanischen Experten, Professor Jenks, den Plan einer Markstabilisierung mit Heranziehung der Goldreserven der Reichsbank, verknüpft mit englisch-amerikanischen Darlehen in gleicher Höhe.

*

Das Reichskabinett nahm am Dienstag abend zu einem vom Reichswirtschaftsminister ausgearbeiteten Abänderungsvorschlag zur Devisenverordnung Stellung. Die Abänderung bedeutet keine Erleichterung, sondern in gewisser Hinsicht eine Verschärfung des Ankaufs der Devisen, trägt aber andererseits berechtigten Wünschen der Devisenverbraucher Rechnung.

Vorläufige Beruhigung.

Die Krise, die dem Kabinett Wirth in den letzten Tagen drohte, kann vorläufig als vertagt gelten. Der Reichstag ist am Dienstag auf wenige Wochen auseinandergegangen, ohne endgültig die Gegensätze auszutragen, die zwischen den Parteien bestehen. Das heißt nicht, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keinen Wert mehr darauf legt, bald positive Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark zu sehen. Im Gegenteil, sofort nach Beendigung der gestrigen Reichstagssitzung trat unsere Fraktion zusammen, um sich nochmals mit dem von ihr am Montag aufgestellten finanz- und wirtschaftspolitischen Programm zu beschäftigen und Schritte zu beraten, die unseren Vorschlägen zur Durchführung verhelfen sollen. Uebereinstimmend war die Fraktion der Auffassung, daß es unmöglich ist, mit der Beratung und Durchführung unserer Forderungen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages zu warten, sondern sofort das Notwendige getan werden muß. Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt wurde deshalb zunächst beauftragt, dem Reichskanzler Mitteilung davon zu machen, daß die Sozialdemokratie auf schnellste Fortführung der am Montag begonnenen, am Dienstag aber vertagten Parteiführerbesprechung, insbesondere aber auf die Besprechung unserer Forderungen mit der Regierung besteht. Für die Beratungen mit der Regierung über die von der Fraktion gewünschten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt. Der Kommission gehören an die Genossen Hermann Müller, Hilferding, Breitscheidt, Kraetzig und Hertz. Falls sich im Verlauf der zu führenden Besprechungen Komplikationen ergeben, wird die Fraktion sofort zusammenberufen werden.

Was gedenkt die Regierung zu tun?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Am 20. Oktober dieses Jahres sind vom Volksgericht in München drei Zeitungsberichterstatter zu insgesamt 33 Jahren Zuchthaus wegen angeblichen Landesverrats verurteilt worden, darunter der Journalist Felix Fechenbach zu elf Jahren Zuchthaus.

Ist der Reichsregierung bekannt, daß das Verbrechen des Landesverrats vom Gericht darin erblickt wurde, daß diese Berichterstatter Mitteilungen über Geheimorganisationen gemacht haben, die zwar in Bayern bestehen, aber nach den Reichsgesetzen verboten sind?

Hält die Reichsregierung diese Rechtsprechung für mit den bestehenden Gesetzen vereinbar?

Wie gedenkt die Regierung gegenüber dem durch die Volksgerichte geschaffenen Zustand die Rechtssicherheit und deutsche Rechtseinheit wieder herzustellen?

Was gedenkt die Reichsregierung für die Opfer der Volksgerichtsjustiz zu tun?

Wie gedenkt die Reichsregierung den außenpolitischen Folgen des durch die bayerischen Volksgerichte geschaffenen Zustandes zu begegnen?“

Wohnungsbauabgabe 500 Prozent.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß in seiner Dienstags-Sitzung, dafür einzutreten, daß zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die nächstjährige Bauperiode eine Wohnungsbauabgabe von 500 Prozent der Friedensmiete erhoben wird.

Demonstration der Berliner Bankbeamten

Die Berliner Bankbeamten kämpfen seit einiger Zeit um die Erhöhung ihrer Oktobergehälter. Einen Schiedsspruch, der eine Erhöhung um 13 Prozent vorsah, lehnten sie ab und beschlossen, in Zukunft keine Ueberstunden mehr zu leisten. Am Dienstag nachmittag fand im Lustgarten eine große Kundgebung statt, an die sich ein Demonstrationszug anschloß, der sich in das Bankviertel begab. Vor Geschäften, in denen noch gearbeitet wurde, kam es zu lärmenden Kundgebungen gegen die treubrüchigen Kollegen. In der Hitze des Gefechts geriet der Demonstrationszug auch in die Bannmeile, was einige Schupobeamte veranlaßte, Schreckschüsse abzugeben. Verwundete hat es nicht gegeben. Gerüchtweise verlautet, daß der Führer der Bankbeamten, Emonts, verhaftet worden ist.

Zur Not der Zeitungen.

Der Steuerausschuß des Reichstages besprach am Dienstag einen Antrag, der die Aufhebung der Anzeigensteuer verlangt, im Zusammenhang mit einem weiteren Antrag, der gleichzeitig die Aufhebung der Umsatzsteuer für den Zeitungsbezug fordert. Die Regierung verhielt sich gegenüber diesen Anträgen ablehnend und konnte vor allem nicht anerkennen, daß die Gesetzesänderung noch vor der Vertagung vorgenommen werden muß. Nach einer längeren Aussprache erklärte der Vertreter des Zentrums, daß seine Fraktion zu dem Antrag auf Aufhebung der Umsatzsteuer noch Stellung nehmen müsse. Es wurde deshalb ein Unterausschuß eingesetzt, der dem Plenum des Ausschusses über die Durchführung der beiden Anträge für die nächste Tagung geeignete Vorschläge unterbreiten soll.

Ein französisches U-Boot gesunken.

Das Unterseeboot „Robert Morthlet“, das nach dem Orient entsandt worden ist, ist dort nicht eingetroffen. Es handelt sich um ein früheres deutsches Unterseeboot, das 1916 in den Torpedoschutznetzen des Hafens Le Havre erbeutet wurde. — Das nach dem Orient abgefahrene Unterseeboot mußte wegen Eindringens von Wasser bei der Insel Kurigna verlassen werden. Die Offiziere und Mannschaften wurden von einem französischen Schiff aufgenommen.

Konservative für die Koalition.

Aus London wird gemeldet: Eine Gruppe Konservativer unter Führung Chamberlains hat sich von der großen Konservativen Partei abgesplittert. Diese Gruppe tritt für die Fortsetzung der Koalition ein. Ob sich die Gruppe bei den Wahlen wieder mit der Hauptpartei vereinigen wird, steht noch nicht fest.

Vom Staatsgerichtshof in Leipzig.

Goethe 9 Monate Gefängnis. — Dr. Stein freigesprochen. Kapitänleutnant Dietrich 6 Monate Gefängnis.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik trat gestern zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Die Anklage richtete sich gegen den Kaufmann Gustav Goethe aus Halle wegen Beleidigung von Regierungsmitgliedern. Noch bevor die Verhandlung eröffnet war, lehnte der Verteidiger des Angeklagten, zweifellos ein Mann von gleichem Schrot und Korn wie sein Mandant, den Beisitzer Fehrenbach und alle Beisitzer, die jüdischen Blutes und jüdisch versippt sind, wegen Befangenheit ab. Ebenso verhielt sich der Verteidiger gegenüber dem Vorsitzenden wegen dessen Ausführungen über den fanatischen Antisemitismus in der Urteilsbegründung des Rathenau-Prozesses. Der Staatsgerichtshof verhandelte den Ablehnungsantrag gebührend; er gebrauchte kaum fünf Minuten zur Ablehnung. Als dann zur Vernehmung des Angeklagten geschritten werden sollte, erklärte dieser: „Für mich als Deutschvölkischen ist es sehr schwer, mich vor diesem Forum auszusprechen. Nach allem, was ich von diesem Gerichtshof gehört habe, muß ich ihn als parteiisch beeinflußt betrachten. Ich lehne den Staatsgerichtshof ab, weil meine Sache vor die Strafkammer gehört; überhaupt hat niemand das Recht gehabt, diesen Gerichtshof einzusetzen, auch Ebert nicht, denn wir haben ja gar keinen Reichspräsidenten.“ Der Angeklagte gab dann an, daß er Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sei. Trotz wiederholter Mahnungen leistete sich Goethe eine Beleidigung der Regierung nach der andern. Bestritten wird von dem Angeklagten, in einer Versammlung gesagt zu haben: „Ich habe schon dreimal ein mir vom Vormundschaftsgericht angetragenes Ehrenamt abgelehnt, weil es mir nicht einfällt, bei einer Regierung, die nur aus Lumpen und Schiebern besteht, ein solches nur zu bekleiden. Wenn ich den Auftrag hätte, in drei Tagen Ebert, Scheidemann — Erzberger ist ja schon im Jenseits — Wirth und Rathenau umzubringen, dann würde ich es tun.“ Er will nur gesagt haben: „Eine Regierung, die z. T. aus Lumpen und Schiebern besteht ...“ Nach weiteren Aussagen des Beschuldigten teilt der Vorsitzende mit, daß Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Wirth und Minister Dr. Rathenau gegen Goethe Strafantrag gestellt haben. Ein als Zeuge vernommener Schutzpolizeibeamter erklärt, daß Goethe die ihm zur Last gelegten Aeußerungen tatsächlich gemacht hat. — Der Oberreichsanwalt beantragt gegen Goethe eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten und den beleidigten Ministern die Befugnis zuzusprechen, die Urteilsverkündung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Nach längerer Beratung beschloß der Staatsgerichtshof entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts.

Nach Abschluß der Verhandlungen gegen Goethe befaßte sich der Staatsgerichtshof mit der Anklage gegen den Kapitänleutnant Dietrich aus Erfurt und den Schriftsteller Dr. Hans Wilhelm Stein aus Burg Saaleck. Beide werden beschuldigt, den Rathenau-Mördern Fischer und Kern Beihilfe geleistet zu haben.

Dietrich gesteht, Beihilfe geleistet zu haben. U. a. äußert er sich: „Am Sonnabend den 15. Juli bekam ich von Kern einen Brief, der in Kösen aufgegeben war. Kern bezog sich darin auf unsere früheren Beziehungen. Ich sollte ihm zwei Anzüge besorgen und sie ihnen nach Saaleck hinausbringen. Er fügte noch hinzu, daß dies sein letzter Ausweg sei, sonst müßte er die Konsequenzen ziehen. Unter diesen Konsequenzen verstand ich, daß er Selbstmord verüben wollte.“ Der Beschuldigte gibt dann zu, gewußt zu haben, daß Kern und Fischer die Mörder Rathenaus sind. Am Sonntag den 16. Juli ist Dietrich dann mit einem Paket, in dem sich zwei Anzüge und ein Wintermantel befanden, nach Burg Saaleck gegangen. Es sei ihm jedoch trotz seiner Anstrengungen nicht geöffnet worden und er habe sich deshalb entschlossen, das Paket hinter der Burgmauer zurückzulassen, am nächstfolgenden Tage aber zurückzukehren. In Naumburg aber habe er inzwischen gehört, daß die Schutzpolizei alarmiert sei und daß man den Rathenaumördern auf der Spur wäre. Daraufhin habe er von einem nochmaligen Besuch Abstand genommen.

Der zweite Angeklagte Stein gibt an, daß in seiner Wohnung wiederholt eingebrochen worden ist. Er glaubt, daß auch Kern und Fischer am Blitzableiter entlang in seine Wohnung geklettert seien. Die Gattin des Angeklagten Stein bestätigt die Angaben ihres Mannes in allen Einzelheiten. Auch der Untersuchungsrichter, der die Oertlichkeit einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte, bestätigte, daß man den Turm der Burg unter Zuhilfenahme des Blitzableiters leicht besteigen könne.

Kriminalkommissar Kogemann von der Hallenser Kriminalpolizei sagte aus, daß, nachdem die Anwesenheit Kerns und Fischers auf Burg Saaleck festgestellt worden sei, die herangeholten Beamten die unteren Türen erbrochen, dann aber die Tür vom zweiten und dritten Stock fest verrammelt gefunden hätten. Als er von der Rudelsburg aus telephonisch Verstärkung verlangte, habe er auf der Zinne der Burg Saaleck zwei Leute herumlaufen sehen, von denen der eine eine Flinte unter dem Arm trug. Sie sollen gerufen haben: „Hoch Kapitän Ehrhardt! Wir sterben für unsere Ideale!“ Für mich — so fuhr der Kriminalbeamte fort — stand es in diesem Augenblick natürlich fest, daß wir die Rathenaumörder vor uns hatten. Als dann die angeforderte Verstärkung mit einem Auto von Naumburg eintraf, verschwanden Kern und Fischer im Turm. Einer der Schupo-Beamten gab zunächst fünf Schreckschüsse nach dem obersten Turmzimmer ab, und ich rief: „Leisten Sie keinen Widerstand! Es hat doch keinen Zweck mehr!“ Die beiden kamen aber nicht. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, habe ich weitere Verstärkungen holen lassen. Gegen Abend sind wir dann wieder in den Turm eingedrungen, haben die Tür nach oben erbrochen und fanden die beiden Gesuchten tot in den Betten vor. Nach unseren Feststellungen müssen beide mehrere Tage dort oben gewohnt haben, denn am Sonnabend den 15. Juli haben sie, wie festgestellt wurde, im Deutschen Haus in Bad Kösen Abendbrot gegessen.

Der Oberreichsanwalt beantragte für den Angeklagten Stein Freisprechung, für Dietrich wegen Begünstigung neun Monate Gefängnis. Nach einstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte Dr. Stein wird von der Anklage der Begünstigung freigesprochen. Der Angeklagte Kapitänleutnant Dietrich wird wegen Vergehens gegen § 5 Ziffer 1 der Verordnung vom 26. Juni zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Monat wird auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Mittagskurse.

	25. Oktober	24. Oktober
Amerikanischer Dollar	Mk. 4370	Mk. 4200
Holländischer Gulden	" 1675	" 1620
Englisches Pfund	" 19400	" 18500
Dänische Krone	" 860	" 825

Wettervorhersage.

Morgen meist mäßige nordwestliche Winde, wolkiger, vorwiegend trockenes Wetter, Nachtfrost- und Nebelansätze.

Landesbibliothek Oldenburg

Soziales.

Die Konsumvereine gegen die Umsatzsteuer. Große Konsumgenossenschaften haben in ihren Generalversammlungen gegen die Absicht Stellung genommen, mit dem neu zu beschließenden Landessteuergesetz die Umsatzsteuer von 2 Prozent auf 2½ Prozent zu erhöhen und diese erhöhte Steuer auch wiederum auf die Genossenschaften anzuwenden, obwohl diese schon an sich völlig zu unrecht mit der bisherigen Umsatzsteuer beschwert sind. Viele Millionen Mark sind den konsumgenossenschaftlich organisierten Verbrauchern bei der Verteilung von gemeinsam eingekauften Waren als Umsatzsteuer abgenommen worden. Daß dieses große Unrecht noch vergrößert werden soll, hat die Mitglieder der Genossenschaften aufgebracht und veranlaßt sie zu entschiedenen und dringenden Protesten in ihren Versammlungen. So wurden dieser Tage sehr deutliche Entschließungen gegen die Umsatzsteueranwendung auf die Konsumgenossenschaften in der Generalversammlung des größten deutschen Konsumvereins in Hamburg, ferner auch in Bochum, in Remscheid und einigen anderen Orten gefaßt. In Gotha beschlossen die versammelten Verwaltungsmitglieder der zur Einkaufsgruppe Gotha zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften eine gleichartige Kundgebung. Die Verwaltungsmitglieder bezeichnen die bestehende Umsatzsteuer als eine Sondersteuer für die Genossenschaften um so mehr, als nach den Erklärungen der Regierung die übrigen Gewerbetreibenden im Reiche 40 Prozent der Steuer nicht zahlen, während die Genossenschaften, auf peinlich genaue Buchführung achtend, diese Steuer restlos abliefern müssen. Dieses Unrecht der Ausnahmebesteuerung der Genossenschaften bei Gelegenheit der Beratung des neuen Landessteuergesetzes zu beseitigen, müsse als dringende Pflicht der Reichsregierung und des Reichstags bezeichnet werden.

Oldenburg und Ostfriesland.

Der weitere Ausbau des Gemeinderechnungswesens.

Aus einer Landgemeinde wird uns geschrieben: Artikel 127 der deutschen Reichsverfassung lautet: „Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken der Gesetze.“ Ursprünglich, im Entwurf (Art. 21), war noch ein Nachsatz: „Den Gemeinden dürfen vom Staate nur durch Gesetz Rechte entzogen oder Lasten auferlegt werden.“ Dieser Nachsatz ist nicht Gesetz geworden, weil er in die einzelstaatliche Gesetzgebung eingreife. Die weitere Gesetzgebung hat die in der Verfassung verankerte Selbstverwaltung aufs schwerste beschränkt. Immer neue Lasten und Verpflichtungen werden den Gemeinden auferlegt, ohne ihnen die Möglichkeit zu bieten, entsprechend ihre Einnahmen zu vermehren. Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Im ganzen Reiche mehren sich die Stimmen, welche verlangen, daß Reich und Staat Wege suchen müssen, der Finanz- und Kreditnot der Gemeinden zu steuern. Erfreulich ist, daß der Oldenburger Gemeindetag am 11. d. M., nach dem gründlichen Referat des Stadtrates Dr. Kleine über „Die Finanznot der Gemeinden“ beschloß: Mit allem Nachdruck zu verlangen und dahin zu wirken, daß den Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer wieder eingeräumt werde.

Weiter forderte der Gemeindetag einstimmig, daß den Gemeinden — wie auch in Preußen — die Hebung der Landessteuern und Abgaben als Grund- und Gebäudesteuer, Deich- und Siellasten, Wassergenossenschaftslasten, Brandkassenbeiträge usw. durch Gesetz übertragen werde. Seit längeren Jahren sind Anträge auf Uebertragung der Hebung von der Regierung abgelehnt worden und haben Eingaben an den Landtag, trotzdem dieselben der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden sind, keinen Erfolg gehabt. Es wird hingewiesen auf die Verhandlung im Landtage, eine Eingabe von Osternburg 1913, ferner auf den Bericht des Finanzausschusses der Anlage 27 vom 27. 11. 1917 betr. Erhöhung der Geschäftskostenvergütung an die Amtseinnehmer. Es heißt in demselben wörtlich: „Der oft im Finanzausschusse und im Landtage betonte Wunsch, die Hebung aller Staatssteuern und Abgaben, wie auch in andern Bundesstaaten üblich, den Gemeinden zu übertragen, ist bislang nicht zum Austrag gekommen. Der Finanzausschuß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Staatsregierung nach dem Kriege diese Angelegenheit weiter verfolgt und dem Landtage eine entsprechende Vorlage macht.“ Da in dieser Angelegenheit nichts geschah, wurde am 16. Januar 1922 vom Oldenburger Gemeindetage aus eine Eingabe an den Landtag und an das Staatsministerium gemacht. Diese kam bei der Beratung des Etats, bei den §§ 215 und 216, „Vergütungen für Amtseinnehmer“, zur Besprechung.

Der Regierungsbevollmächtigte erklärte, daß die Brandkassengebühren zurzeit 1¼ Prozent betragen, Deich- und Siellasten 1 Prozent, doch sei über die Höhe der Nebeneinnahmen, welche zum Teil nicht gering wären, kein Material vorhanden, um genaue Angaben machen zu können. Die Anregung des Ausschusses, auch auf diesem Gebiet zu sparen, sei durchaus berechtigt, und würden die 1¼ Prozent bei der Erhöhung der Brandkassenbeiträge um das 18fache nicht bestehen bleiben, da die Brandkassenverwaltung sich auch mit dieser Frage schon beschäftigt habe. In der Uebertragung der Geschäfte auf die Amtskassen müsse sich die Regierung freie Hand behalten, um auf Grund der Erfahrungen das beste zu schaffen. Das Bestreben der Regierung gehe dahin, alle Amtskassen so gut wie möglich auszunützen. Der Eingabe der Gemeindevorsteher könne die Regierung jetzt nicht nähertreten, da die Frage der Organisation noch im Flusse sei. Im Reichswirtschaftsrat sei empfohlen, alle Hebungen von Steuern den Landeskassen zu übertragen und sei der Zeitpunkt zu einer grundlegenden Aenderung auf diesem Gebiete ungeeignet.

Der Ausschuß legte besonderen Wert darauf, daß durch die Vereinfachung der Verwaltung keine Erschwernisse für das Publikum entstehen, auch müßten die Wünsche der Gemeinden weitgehendste Berücksichtigung finden, damit unnütze Härten vermieden werden. Ein Teil des Ausschusses wäre für Berücksichtigung der Eingabe der Gemeindevorsteher gewesen, nahm jedoch seinerzeit davon Abstand, einen solchen Antrag zu stellen, da nach Aussagen des Regierungsvertreters die ganze Organisation noch in Fluß sei. Selbst der Brandkassenausschuß hat seinerzeit bei der Regierung beantragt: „Die Hebung der Brandkassenbeiträge den Gemeinden zu überweisen“. Die Hebung wäre zweifellos keine wesentliche Mehrarbeit für die Gemeinden, da dieselbe erfolgen würde gleich der Hebung der Beiträge für Handwerks- und Landwirtschaftskammer. Die Gemeinden hätten ordnungsmäßige Hebung und Abführung der Beiträge zu gewährleisten. Welche Erleichterung würde diese Einrichtung für die Steuerzahler bedeuten! Die vielen weiten Wege würden erspart und die Gemeinden hätten mehr als bisher laufende Gelder in ihren Kassen. Also in doppelter Hinsicht wäre der Erfolg zu bewerten. Sollte die Regierung eine weitere Kontrolle als notwendig halten, so kann dies den Gemeinden nur erwünscht sein. Wir wollen hoffen, daß Landtag und Regierung nunmehr endlich die Hebung oben genannter Steuern und Abgaben durch die Gemeinden gesetzlich regeln.

Zum Schluß sei noch auf einen Einwand hingewiesen, der gegen die angestrebte Neuordnung vorgebracht wird, nämlich, daß es schwer sein werde, die Amtseinnehmer in geeigneter Weise anderweitig zu beschäftigen. Das kann unmöglich richtig sein; wenn der Wille da ist, wird der Weg sich sicher finden. Aber wäre es wirklich mit einiger Schwierigkeit verbunden, darf dies immerhin kein Grund sein, eine Einrichtung nicht durchzuführen, die weitesten Volkskreisen große Erleichterung und den in jetziger Zeit finanziell schwer kämpfenden Gemeinden ungeheure Vorteile bei wenig mehr Arbeit bringt. Persönliche Rücksichten dürfen der Sache nicht im Wege stehen, sondern der Wille des Volkes muß zum Segen des Volkes den Ausschlag geben.

Oldenburg.

Volkshilfe. Der Reichsbund höherer Beamten, Landesverband Oldenburg, hat die Sammlung für die allgemeine Volkshilfe so organisiert, daß innerhalb der einzelnen Berufsverbände (Richter, Verwaltungsbeamten usw.) die Beiträge nach bestimmten Richtlinien erhoben werden. — Der soziale Ausschuß und der Deutsche Gewerkschaftsbund setzen den Gedanken der allgemeinen Volkshilfe dadurch in die Tat um, daß sie entweder eine Umlage erheben von ihren Mitgliedern, wie der D. H. V., der außerdem von der Ortsgruppe eine bestimmte Summe stiftet, oder eine Sammlung veranstalten, bei der als Mindestbeitrag ein Stundenlohn zugrunde gelegt wird. Das Ergebnis verspricht nach den bisherigen Eingängen ein recht befriedigendes zu werden.

Wichtige Parteiversammlung! Die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird in der Versammlung am Freitag den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus vollzogen werden. Der Bedeutung und der Würdigung des Tages entsprechend werden die Arbeitersänger die Versammlung durch Gesang begrüßen. Die Einigungsversammlung ist von besonderer Bedeutung und wird die Stoßkraft der Partei sicher dadurch gestärkt werden. Der Wille zur Macht des Proletariats muß damit auch in den Massen sich auslösen! Trage ein jeder Genosse der U. S. P. D. und M. S. P. D. zu seinem Teile durch rege Agitation für die weitere Fortentwicklung der Partei bei.

Mängel auf dem Rangierbahnhof? Uns wird geschrieben, daß bei Gütertransporten mit der Bahn nach Oldenburg sich sehr viel Bruch ergibt. Angeblich soll derselbe durch den Rangierverkehr auf dem Verschiebebahnhof hervorgerufen werden. Die Bahnwagen, selbst mit zerbrechlichen Gütern, werden in die abfallenden Gleise abgestoßen und prallen dabei oft gegeneinander, wodurch der Bruch der Güter herbeigeführt wird. Rechtzeitiges Auffangen der abgestoßenen Wagen scheint zu fehlen. Soweit die Klagen. Wieweit diese ihre Berechtigung haben, können wir nicht nachprüfen, möchten aber die Eisenbahndirektion bitten, der Klage nachzugehen. Vielleicht nimmt auch der Eisenbahnerverband dazu Stellung.

Oldenburger Landestheater. Freitag 29. Vorstellung im Abonnement, zum ersten Male „Tiefland“. Auf dem zweiten und letzten Tanzabend Gadescov-Sinding wird Gadescov seine beiden bedeutendsten Tanzschöpfungen, den ägyptischen Tanz und den Bogentanz, wiederholen. Der Kartenverkauf hat bereits begonnen. Die Preise sind diesmal nicht erhöht. — Die kommende Woche bringt u. a. die Erstaufführung von Arthur Schnitzlers Groteske „Der grüne Kakadu“, Spielleitung Mordo, die Groteske von Fridell und Polgar „Goethe“, Spielleitung Carlmann, und die Neuinszenierung von „Alt-Heidelberg“. Trude Wesseln tritt in diesem Jahre nur noch zweimal auf: Sonnabend, den 4. November, in der letzten Aufführung von „Ingeborg“ und am Sonntag, dem 5. November, als Käthi in „Alt-Heidelberg“.

Städtische Kollegien. Der Stadtrat erledigte in seiner gestrigen Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung. Zunächst verpflichtete der Oberbürgermeister die durch das Ausscheiden der Ratsherrn die neu eintretenden Stadtratsmitglieder. Die Sozialdemokratie hat folgende drei Anträge eingebracht:

Der Stadtmagistrat wird ersucht, dem Stadtrat in der nächsten Sitzung eine Vorlage betr. Einrichtung von Heimen bzw. Räumen für die Jugendlichen in den verschiedenen Stadtteilen vorzulegen.

Der Stadtmagistrat wird ersucht, dem Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen eine Vorlage zwecks Errichtung eines Schulkinos zu unterbreiten.

Der Stadtmagistrat wird ersucht, dem Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen eine Vorlage betr. Kommunalisierung des Bestattungswesens zu unterbreiten.

Eine Eingabe des Frauenvereins, die freigewordene Rektorstelle an der Luisenschule einer Frau zu übertragen, wurde dem Schulvorstand für Mittelschulen überwiesen. Zwei weitere Eingänge wurden dem Magistrat überwiesen. Zum Stadtratsvorsitzenden wurde Oberkirchenrat Ahlhorn gewählt. In den Finanzausschuß wurden gewählt: Hoyer, Hinzelmann, Strasecki, Popken, Heitmann, Quatmann, Grund und Müller; in den Bauausschuß: Bartels, Voß, Großmann, Dieter, Dr. Hügel, Freese, Kaiser, Kren, Schütt, Huber; in den Licht- und Wasserausschuß: Bartels, Schelje, Munderloh, Dietert, Kren, Zimmermann, Buchoster. Um den Theaterausschuß zustande zu bringen, mußte die Sitzung 10 Minuten ausgesetzt werden, weil die Volkspartei den von den Demokraten vorgeschlagenen Rechtsanwalt D. Schiff nicht für geeignet hielt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung zogen die Demokraten ihren Antrag zurück und blieb es bei dem Vorschlage des Geschäftsausschusses. Es wurden die Stm. Frau Reichenbach, Großmann, Studienrat Lohse, Frl. Thorade und Peters gewählt. Als Vertrauenspersonen zur Bildung der Schöffen- und Geschworenenliste wurden die Herren Peters, Schweke und Landwirt v. Mohr gewählt. Die Feststellung von Voranschlägen der verschiedenen Kassen wurde angenommen. Zur Erhöhung der Schulgeldsätze stellt Genosse Peters fest, daß die Vorlage sehr unsozial ist und stellt den Antrag, daß diejenigen, die über 1 Million Einkommen haben, 6000 Mark, die unter 1 Million 4000 Mark bezahlen. St.-M. Müller ist ebenfalls gegen die Vorlage. St.-M. Linnemann: Das Schulgeld kann ganz gut nach dem Einkommen erhoben werden. St.-M. Hoyer stellt den Antrag, dem Stadtmagistrat die Verpflichtung aufzuerlegen, in allen Fällen, in denen besondere Umstände mitsprechen, die Schulgeldsätze zu ermäßigen und den Finanzausschuß damit zu betrauen. Dem Genossen Heitmann ist der Antrag Hoyers nicht klar genug; durch Annahme würden dem Finanzausschuß zu große Befugnisse eingeräumt. Er ist für die Aufhebung des Schulgeldes der Mittelschulen. Nachdem der Oberbürgermeister längere Ausführungen zu diesem Antrag gemacht hatte, wurde die Vorlage angenommen. Danach beträgt das jährliche Schulgeld für Stadtoldenburger Schüler an höheren Schulen (Oberrealschule und Cäcilienschule) 4000 Mk., an der Vorschule 3600 Mk. und an den Mittelschulen 2000 Mark. Für die Frauen- und Haushaltungsschule erhöht sich das Schulgeld um 10 v. H. Für auswärtige Schüler ist ein um 50 v. H. erhöhtes Schulgeld zu entrichten. Daneben treten Ermäßigungen ein für Stadtoldenburger Kinder und zwar ist für das zweite und dritte Kind nur das halbe Schulgeld, für die ferneren Kinder ¼ des Schulgeldes zu entrichten. — Der Antrag Hoyer wurde nach den nochmaligen Erklärungen des Oberbürgermeisters zurückgezogen. St.-M. Heitmann stellt fest, daß der Vorsitzende nicht ordnungsmäßig habe abstimmen lassen. — Der Beitrag zum Küstenkanalverein wurde um 30 000 Mark erhöht. Dem Ankauf der Schützenwiese an der Wunderburgstraße wurde zugestimmt, ebenso der Aufnahme einer Anleihe von 1 000 000 Mark. Dem Stadtbaurat Charton wurden die Umzugskosten usw. zurückerstattet. Dem Oberstadtsekretär Blume wurde der Titel Oberstadtinspektor verliehen und er in Gruppe 8 versetzt. Der Polizeiwachtmeister Fehlhaber wurde pensioniert. Der Polizeiwachtmeister Dobbie wurde unwiderruflich angestellt. Der Antrag betr. Einrichtung von Heimen wurde dem Stadtmagistrat überwiesen. Der Antrag betr. Kommunalisierung des Bestattungswesens wurde ebenfalls dem Stadtmagistrat überwiesen, der die Sache durch den Wohlfahrtsausschuß bearbeiten lassen soll. Der Antrag betr. Errichtung eines Schulkinos wurde zurückgezogen. St.-M. Grund fragt an, wie weit es mit der zahnärztlichen Schulpflege gediehen sei. Der Oberbürgermeister antwortet, daß in der allernächsten Zeit etwas geschehe. — St.-M. Dietert ist mit der Führung des Theaters nicht einverstanden. Es würde dort besser werden, da ja die Rechtsparteien etwas jetzt dort zu sagen haben. Seine Ausführungen klangen dahin, daß das Theater mehr im deutschen und nationalem Sinne sich betätigen müsse. St.-M. Heitmann trat dem Vorredner scharf entgegen.

Ohmstede. Parteiversammlung. Die Ortsgruppe Ohmstede der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei (Volksverein) hält am kommenden Sonnabend im Lokale des Genossen Heinrich Helms in Ohmstede eine außerordentliche Generalversammlung ab. In dieser wird die Verschmelzung der beiden Bruderparteien vorgenommen, eine Neuwahl des Vorstandes wird daher notwendig. Zu der Beitragsfrage muß Stellung genommen werden. Die Vorstandsmitglieder werden zu einer Besprechung um 6½ Uhr gebeten. Im übrigen soll der Wassermangel in Donnerschwee zur Sprache gebracht werden. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen der Genossinnen und Genossen. Wünschenswert ist es, daß die verheirateten Genossen ihre Frauen mitbringen. Freunde der Partei sind herzlich willkommen. Neuaufnahmen in jeder Versammlung.

— Kleingartenlandverteilung. Die Vorarbeiten für die Verteilung von Kleingartenland im Schulkamp zu Donnerschwee sind soweit gediehen, daß am Sonntag den 29. Oktober, morgens 10 Uhr, die Anweisung der Pfänder an Ort und Stelle vorgenommen werden kann. Die vorliegenden Bewerbungen konnten fast alle berücksichtigt werden.

— Wohnungsbau. Das von der Gemeinde Ohmstede erbaute Vierfamilienhaus in Nadorst ist nahezu bezugsfertig. Die Wohnungen sind bereits vergeben. Es ist ein sehr schönes Haus mit großen geräumigen Wohnungen. Die Miete für die Unterwohnungen betragen das 80fache eines Bauhandwerkerlohnes, für die Oberwohnungen das 76fache.

Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

Landgemeinde Varel. Parteiversammlung. Am Sonnabend den 28. Oktober, abends 7½ Uhr, findet in der „Deutschen Eiche“ eine Versammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der bisherigen Wahlvereine Dangastermoor, Obenstrohe und Büppel statt. Nach Berichterstattung von den Parteitagen soll über die Verschmelzung sowie über die neuen Vorstandswahlen verhandelt werden. Genossen, sorgt daher für einen zahlreichen Besuch, bringe jeder ein kleines Opfer dadurch, daß er den Weg zur „Deutschen Eiche“ nicht scheut. Auch die Lokalfrage spielt eine entscheidende Rolle bei der kommenden Agitation.

Nordenham. Aus dem Stadtrat. Wahl eines Handelslehrers für die kaufmännische Fortbildungsschule. Gewählt wird Herr Diplom-Handelslehrer Wilke aus Lüneburg. — Durch ein Schreiben wird mitgeteilt, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen in Zukunft als eine gelten. — Für den Antrag, die Friedrich-August-Straße in Walter-Rathenau-Straße umzutaufen, stimmen nur die Mitglieder der Linken. Einem Eventualantrag, die Viktoriastraße umzubenennen, verhält sich die Rechte gegenüber ablehnend. Die Abstimmung ergibt 9 zu 9. — Zur Viehsteuer ist ein Protest eingegangen von mehreren Kuh- und Viehhaltern. Hunnitzsch: Die Landwirte können den geringen Betrag sehr gut zahlen. Weise! erweitert und unterstreicht diese Ansicht. Tolle erklärt, daß viele Unterzeichner ihre Unterschriften gegeben hätten ohne zu wissen, um was es sich handle. Die Drahtzieher der Eingabe seien krebsen gegangen mit dem eigentümlichen Vorwand, die Linke wolle einen Mann unterbringen bei der Stadt, der allwöchentlich das Vieh kontrollieren müsse. (Allseitiges Lachen.) Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen. — In die Wertprüfungskommission werden gewählt: Frau Timme, Heller, Werlin, Hunnitzsch, Prus, Lübben. — Dem Küstenkanalverein werden 15 000 Mark bewilligt. — Errichtung eines Statuts betr. Sozialabgabe. Die Fraktionen stimmen der Einführung dieser Steuer zu. In nächster Sitzung soll ein Statut vorgelegt werden. — Der Magistrat schlägt vor, einen Gaspreis von 90 Mark pro Kubikmeter zu nehmen, für Koks 450 Mk., Wasser 30 Mk., elektrisches Licht 50 Mark, Kraft 45 Mk. — Es wird eine zweigliedrige Kommission gewählt zur Verwaltung der städtischen Wohnungen einschließlich Dienstwohnungen. Gewählt werden Schulze und Gerdes. Kämmerer und Stadtbaumeister werden als Sachverständige hinzugezogen. — Unter Punkt „Sonstiges“ bringt Eisner (Soz.) einen Fall zur Sprache, wonach das Wohnungsamt einem Wohnungsuchenden (ledig), der erst an 217. Stelle stand, jetzt sofort eine Wohnung gegeben hat. „Wie das Wohnungsamt zu diesem Beschluß gekommen ist, ist mir rätselhaft. Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß das Wohnungsamt in diesem Fall unkorrekt gehandelt hat. Wir werden beantragen, daß der Beschluß rückgängig gemacht wird. Wenn in diesem Fall die sanitären Verhältnisse schlecht waren, so hätte anders abgeholfen werden können.“ Gerdes (bürgerlich): Es handelt sich um eine dreiräumige Wohnung, davon sollen dem Betreffenden zwei Räume gegeben werden. Das Wohnungsamt muß das Recht haben, mal eine Ausnahme zu machen. Das Amt eines Beisitzers des Wohnungsamtes ist wahrlich kein leichtes. Schulze (Soz.): Das Wohnungsamt hat sich einen Strick gebunden. Wenn ein junger Mann krank ist, so muß er sich heilen lassen, solange er ledig ist. Die vergebene Wohnung ist zerrissen und verloren. Das Wohnungsamt hat hier einen Präzedenzfall geschaffen, der zu bösen Konsequenzen führen kann. In demselben Sinne spricht sich Vetter (Soz.) aus. Eisner ersucht nochmals das Wohnungsamt, seinen Spruch rückgängig zu machen und dem betreffenden Wohnungsuchenden anders zu helfen. Ich schlage vor, daß der Beamte des Wohnungsamtes zu den Sitzungen des Fürsorgeausschusses hinzugezogen wird. Der Antrag Eisner, die Angelegenheit dem Wohnungsamt zur nochmaligen Prüfung zurückzuverweisen, wurde angenommen. — Lorenzen gibt dem Magistrat anheim, die Hundesteuer zu erhöhen. Soll Anfang nächsten Jahres geschehen. — Lorenzen bringt das Elend der Obdachlosen zur Sprache. Der Magistrat möge an die Betriebe (Midgard) herantreten, daß diese Baracken bauen. Der Bürgermeister erklärt, daß im Magistrat Verhandlungen darüber im Gange sind. Es folgte eine vertrauliche Sitzung.

§ **Nordenham.** Metallarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Einswarden-Nordenham hielt am Sonntag den 22. Oktober ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Die Hauptkasse bilanziert mit 176 732,34 Mark, die Lokalkasse mit 285 502,77 Mark. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Der Geschäftsführer gab den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 3. Quartal, hieran schloß sich eine kurze Debatte. Als 3. Punkt der Tagesordnung wurde die Beitragserhöhung behandelt, und wurde beschlossen, ab 29. Oktober (44. Woche) folgende Beiträge zu erheben: 1. Klasse 85 Mark, 2. Klasse 70 Mark, 3. Klasse 50 Mark, 4. Klasse 35 Mark, 5. Klasse 12 Mark, 6. Klasse 1 Mark. Ferner soll die Entschädigung für die Beitragskassierer für die Folge 8 Prozent der verkauften Marken betragen. Das Lokalgeschenk erfuhr eine entsprechende Erhöhung. Die Sterbekasse hat ihre Sätze auf 5 Mark pro Sterbefall festgesetzt. Bezüglich der Unterstützungsaktion der Sozialrentner wurde längere Zeit diskutiert und soll hierzu eine kombinierte Vertrauensmännersitzung Stellung nehmen. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den Oldenburger Schlichtungsausschuß, dessen Wirken nach Ansicht mehrerer Kollegen, die mit dieser Instanz zu tun haben, nicht so ist, wie es sein soll.

Nordenham. „Volksstimme“ oder „Republik“? Ein alter Genosse schreibt: Die erste Versammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei von Nordenham hatte unter den Hauptpunkten, welche auf der Tagesordnung standen, die Aufgabe zu lösen, ob die „Republik“ oder die „Norddeutsche Volksstimme“ von Bremerhaven hier am Platze von den Parteigenossen gehalten werden soll. Ich möchte für mich in Anspruch nehmen, als Parteigenosse meine Ansicht speziell über das wichtigste Agitationsmittel, was wir besitzen, hier zum Ausdruck zu bringen. Geographisch liegt Nordenham an der äußersten nordöstlichen Ecke des Freistaates Oldenburg. Unser Hauptsitz der Partei ist Rüstringen. In Rüstringen laufen die Fäden unserer Bezirksorganisation zusammen. Da ist es unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen in ihrer breiten Masse geschult werden, wie wir organisatorisch und agitatorisch zu handeln haben. Das kann nur geschehen, wenn wir unser Bezirksorgan, die „Republik“, lesen. Weiter kommt in Betracht, daß wir es so nötig haben, unsere Parteigenossen und -Genossinnen in die Kommunalpolitik einzuweihen. Dieses Gebiet halte ich als alter Parteigenosse für das allerwichtigste. Auf den Schultern der Kommunalpolitik ruht der Freistaat Oldenburg und letzten Endes die

Landesbibliothek Oldenburg

deutsche Republik. Hier wachsen zunächst unsere Genossinnen und Genossen hinein, hier fängt die praktische Arbeit im Interesse des gesamten Volkes an. Wir brauchen so notwendig den Nachwuchs in unserer Partei. Die Aufklärung und Vermittlung des nötigen Wissens kann heute nur durch unsere Presse, die „Republik", geschehen. Wir leben doch heute in der größten wirtschaftlichen Umwälzung, wie sie in der Weltgeschichte bisher einzig dasteht. Das sollte jeden Parteigenossen und jeder Genossin zum Denken veranlassen. Nun noch ein paar Worte zum Vorteil oder Nachteil auf wirtschaftlichem Gebiete. Ich gebe ohne weiteres zu, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung bis vor Ausbruch des Krieges mit Bremerhaven tatsächlich besser gestellt waren. Heute sind wir noch interessiert als Konsumgenossenschaftler. In jeder anderen Beziehung hört wohl das Kaufen in Bremerhaven bald auf. Kostet doch heute das Fahrgeld allein schon bald 70 Mark und wird demnächst auf das Doppelte erhöht. Auch hier werden wir durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, am Orte zu kaufen. Die erwähnten wirtschaftlichen Vorteile bringen es mit sich, daß eine große Minderheit dazu neigt, die „Norddeutsche Volksstimme" für die Nordenhamer Verhältnisse besser zu halten als die „Republik". Ich bin mir klar, wo die Parteien von nun ab auf einem Boden stehen, gemeinschaftlich kämpfen müssen, ist es Vorbedingung, die geistige Weiterbildung einheitlich aus einer Parteizeitung zu schöpfen, die uns am nächsten steht. Wenn nun Genossen und Genossinnen ihre ganze Kraft einsetzen, das aus der „Republik" zu machen, was sie in wirtschaftlicher Beziehung noch nicht ist, dann wird die „Republik" das werden, was wir wollen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Nordenham. Einiges von der „Visurgis". Man schreibt uns: Vor dem Kriege war die Heringsfischerei „Visurgis" bei der Arbeiterschaft dahin bekannt, daß man möglichst „Baptist" sein mußte, wenn man dort ständige Arbeit suchte. Nach dem Kriege hat die „Visurgis" aber noch mehr an „Bedeutung und Bekanntwerden" zugenommen. Allerdings in anderer Hinsicht. Hugo Stinnes hat die Gesellschaft erworben und die leitenden Posten mit ihm genehme Herren besetzt. „Neue Besen kehren gut", nach diesem Rezept schien der von Hamburg geholte Maschineninspektor handeln zu müssen. Mit dessen Handlungsweisen beschäftigte sich bereits im Vorjahre das Gewerkschaftskartell. Es ist soweit gekommen, daß sämtliche alten Maschinisten, die jahrelang bei der „Visurgis" gefahren haben, gegangen sind und es ist infolgedessen vorgekommen, daß Schiffe wegen Maschinistenmangel nicht auslaufen konnten. Eine Fangnacht nicht ausnutzen, kann ein enormer Verlust für den Reeder bedeuten. Aus Mangel an Maschinisten werden jetzt schon wieder Dampflogger nur mit Heizern besetzt. Ein alter bewährter Kapitän hat auch bereits seinen Dienst quittiert, weil man sich von den binnenländischen Kapitänen mehr verspricht und auch die binnenländische Mannschaft für „williger" ansieht. Der Heringsfänger, der bekanntlich viel aus dem Bückeburger Lande kommt, ist aber auch schon aufgeklärter als früher. Dieses Jahr war die Anwerbung von Mannschaften im Binnenlande schon schwer, weil sie in ihrer Heimat lohnende Beschäftigung hatten. Der neueste Direktor der „Visurgis" hat seine allmächtige Direktorengewalt in der Weise gezeigt, daß er jeglichen Brennholzverkauf sperrte und das Tor zum Nordseepier schließen ließ. Jetzt muß die Besatzung der „Visurgis", wenn sie kommt und geht, immer unter den großen Midgardkränen, wo Erz, Salz, Kohlen usw. entladen werden, hindurch. Wie leicht ist da ein Unglück geschehen. Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Wenn ein Arbeiter über das geschlossene Tor klettern würde, würde ihn der Inspektor entlassen. Aber wer entläßt den Inspektor denn, da derselbe schon selbst zweimal seinen Weg oben über die Gittereinfriedigung genommen hat?

Nordenham. Duneplate. Am rechten Weserufer wurde am Sonnabend abend durch die hohe Flut eine männliche Leiche angetrieben. Da es mit Schwierigkeiten verbunden war, die Leiche aus dem Raut-Fleet zu fischen, wurde es bis Sonntag verlegt. Der Fall wurde der Behörde übergeben.

Moorsee. Ein Zeichen der Zeit. Ueber Nacht wurden dem Einwohner Freese aus seinem Stalle zwei Schweine abgeschlachtet und mitgenommen. — Aus der Weide eines hiesigen Landmannes wurden zwei Schafe abgeschlachtet und zum größten Teil mitgenommen.

Dedesdorf. Auf der Weide abgeschlachtet. Eines der besten Kälber wurde in der Weide eines Landmannes abgeschlachtet, beide Hinterviertel aus der Haut gelegt und fortgenommen.

— Racheakt? In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurde in der Nähe des Dorfes ein Füllen in der Weide durch Bruststiche getötet. Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt.

Delmenhorst. Bahn nach Lemwerder. Die Bahn von Delmenhorst nach Lemwerder ist bis auf einige kleinere unwesentliche Restarbeiten fertig gestellt. Am Mittwoch den 1. November findet die Betriebseröffnung statt, dem Ernst der Zeit entsprechend ohne besondere Feierlichkeiten. Vertreter der Reichsbahndirektion, des Ministeriums sowie anderer beteiligter Korporationen werden am 31. Oktober die Strecke zwecks Besichtigung mit einem Revisionszuge bereisen. Die Betriebsführung wird zwecks sparsamer Wirtschaft zunächst sehr einfach sein. Vorgesehen sind in jeder Richtung täglich zwei Zugpaare. Sie sind so gelegt, daß sie neben dem gewöhnlichen Personen- und Güterverkehr auch den Arbeiterverkehr von und nach Delmenhorst und Lemwerder bewältigen können. In den beteiligten Gemeinden ist die Freude darüber, daß die Bahn aller Schwierigkeiten zum Trotz doch noch fertiggestellt worden ist, sehr groß. Sie wird allerdings wohl für lange Zeit den letzten Bahnbau im Oldenburger Lande darstellen.

Bramsche. Verhaftung. Der ehemalige Sekretär der hiesigen Gewerkschaften und Mitglied des Kreistages, Ernst Schätzler, wurde als der Mittäterschaft an den Eisenbahndiebstählen dringend verdächtig festgenommen und nach Molgarten gebracht. Schätzler wird der Täterschaft beschuldigt. In Frage kommen vier Personen und dürften weitere ungeahnte Verhaftungen bevorstehen.

Norden. Fahrrad und Fensterscheibe. Arges Pech hatte ein hiesiger Einwohner, der auf der Reichsbanknebenstelle geschäftlich zu tun hatte. Als er dort war, erinnerte er sich mit Schrecken, daß er sein Fahrrad draußen am Fenster hingestellt hatte. Mit den Worten: „Hebbens mien Rad ok woll all stahln?" stürzte er mit dem Kopfe durch eine Scheibe eines Doppelfensters, wovon das eine nach der Außenseite hin offenstand. Das Fenster sprang natürlich in Stücke. Er erlitt am Kopfe einige Hautabschürfungen. Nach Hinterlegung von 1750 Mark für den angerichteten Schaden konnte er von dannen ziehen. Sein Rad fand er noch wohlbehalten vor.

Bremen. Wie Jan rechnet. Seit einiger Zeit war es einigen Anwohnern in Horn aufgefallen, daß aus ihren morgens vor den Türen liegenden Zeitungen Stellen herausgeschnitten waren, ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln. Gestern morgen aber erwischte ein Straßenbahnfahrer den Täter bei seinem Tun — einen Torfbauern. „Süh, dar heff wie di!", der Erwischte aber meinte ganz ruhig, das wäre doch wohl nicht so schlimm. „Ick snie mi doch man bloß den Dollarkurs herut, dat ick weit, wovääl ick för minen Törf nehmen mut, wenn ick in de Stadt kam. Bi us int Moor kummt de Zeitung so late, dat ick to Hus den Dollarkurs nich erst nakiken kann, un ick kann min Törf doch nich unner Pries verköpen!" So rechnet Jan von Moor.

Aus der Weltstadt.

Wir lesen in Berliner Zeitungen: Die Straße „Unter den Linden" ist seit langer Zeit ein Sammelplatz für lichtscheues Gesindel aller Art geworden. Wiederholtes Eingreifen der Kriminal- und Schutzpolizei hatte dem Treiben nicht Einhalt zu tun vermocht. Auch in der letzten Zeit liefen wieder viele Klagen über Belästigungen ein, denen das Publikum, besonders an der Kranzlerecke, in der Passage, aber auch auf der ganzen Strecke bis nach dem Brandenburger Tor und von dort weiter bis zum Potsdamer Platz ausgesetzt war. Sie veranlaßte eine groß angelegte nächtliche Razzia, die von Kriminalkommissar Engelbrecht mit seiner Streifmannschaft zur Säuberung des Straßenzuges ausgeführt wurde. Das Erscheinen der Kriminalpolizei wurde trotz der Nachtzeit schnell bekannt. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer von einem Ende der Strecke bis zum anderen. Die üble Gesellschaft suchte eiligst ihr Heil in der Flucht, aber es gelang doch, 180 Personen, darunter besonders viele Prostituierte, zu fassen. Alle wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Nach dieser Säuberung der Straße wandten sich die Beamten auch noch Nachtstätten zu, in denen diese Elemente sich nach getaner „Arbeit" wieder zusammen finden und bis in den Morgen hinein zu vergnügen pflegen. So wurden in einem Lokal in der Auguststraße nach der Polizeistunde noch 60 Gäste überrascht. Alle versuchten, sich der Feststellung zu entziehen. Das Eingreifen der Beamten brach jedoch jeden Widerstand, und auch diese Gesellschaft wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Sichtung ergab, daß sich unter den Eingelieferten nicht weniger als 30 Personen befanden, die wegen Diebstahls, Einbruchs und Raubes gesucht wurden. Diese 30 wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Zu den Aufgegriffenen gehörten auch zwei Burschen, die augenscheinlich etwas im Schilde führten, wahrscheinlich einen Raubüberfall im Tiergarten vor dem Brandenburger Tor. Sie hatten schwarze Masken und scharfgeladene Pistolen bei sich. Die Burschen wollten sich damit herausreden, daß sie kein Verbrechen, sondern nur einen Scherz vorgehabt hätten.

Im Porzellanofen verbrannt.

Nach einer Meldung des „Fränkischen Kurier" haben der Porzellanbrennereibesitzer Lederer sowie ein gewisser Meisel einen in einem Nürnberger Hotel wohnhaften sehr wohlhabenden Holländer namens Engelmann aus Amsterdam im Porzellanofen verbrannt. Der Glasmaler Meisel ist geständig. Der Porzellanbrennereibesitzer Lederer erschlug den Holländer mit einem Hammer. Beide trennten dann der Leiche Arme und Beine ab und verbrannten sie. Der Rumpf ist im Walde vergraben worden. Die Mörder erbeuteten etwa eine Million Mark.

150 Millionen Mark unterschlagen.

Zum Nachteil seines in Spanien ansässigen Onkels hat der 28jährige Kaufmann Heinrich Wiese in Hamburg einen Millionenbetrug verübt. Der Onkel besitzt in einer Reihe von größeren Städten Europas Silberwarengeschäfte und hatte seinen Neffen als Leiter seines Geschäfts in Barcelona angestellt. Ein Liebesverhältnis Wieses mit der Kassiererin seines Onkels, Maria Masello, kostete ihn sehr viel Geld und veranlaßte ihn schließlich zu Betrügereien, die eine Höhe von 150 Millionen Mark erreichten. Er flüchtete darauf nach Deutschland, wo er mit Hilfe einer Hamburger Speditionsfirma ermittelt und verhaftet werden konnte.

Kopfarbeit. Ein rheinischer Bauer fuhr seinem Pastor einen Karren Holz und verlangte dafür einen Taler. „Einen Taler, das ist zu viel," sagte der Pastor. „Wat ze vill," erwiderte der Bauer. „Ihr laßt Euch doch en Taler for en Leichenpredigt bezahlt, die doch gar kei' Müh macht." „Ja, Mensch Gottes, das ist auch Kopfarbeit." „Kopfarbeit," rief der Bauer, „meint Ihr denn, mein Ochs zieht den Karren mit de Schwanz?"

Das erste Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest im Film
in den Deutschen Lichtspielen!

Freitag und Sonnabend ab 5 Uhr nachmittags.
Sonntag ab 10.30 Uhr vormittags.
Montag ab 5.00 Uhr nachmittags.

Außerdem gelangt am Montag nachmittag 3 Uhr dieser Film für sämtliche Kinderabteilungen des Bezirks zur Vorführung.

Oldenburger Anzeigenteil

Arbeiter u. Angestellte abonniert die Republik!

Oldenburger Konsum-Verein
e. G. m. b. H.

Unseren Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die

Zuckerverteilung

für unsere Mitglieder durch uns vorgenommen wird. Aus diesem Grunde bitten wir die Mitglieder, sich in die in unseren Verkaufsstellen ausliegenden Listen eintragen zu lassen. [4720

Der Vorstand.

Zahle für

Hasen	bis Mk.	200.00
Ziegen	bis Mk.	1600.00
Kanin	bis Mk.	250.00
Wildkanin	bis Mk.	50.—
Katzen	bis Mk.	260.00
Pferdehaare . . per Kilo	bis Mk.	16000.00

wie für alle anderen Felle höchste Preise.

Hoffmann, Achternstraße 7.

Unsortierte Kartoffeln
erwarte diese Woche.
Nur per Waggon.
Eitel Veening
Oldenburg
Telephon 1510 und 1511.

Jever.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Grafschaft belegene, im Grundbuche der Gemeinde Sillenstede unter Artikel Nr. 227 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Werftarbeiters Johann Heinrich Lübben zu Grafschaft eingetragene Grundstück, groß 1 ha 38 a 48 qm, mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 22.96 Mk. und einem Mietwerte von 27.00 Mk. am 28. November 1922, vormittags 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Juli 1922 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine anzumelden. [4736

Jever, den 23. Oktober 1922.

Amtsgericht. Abt. I.

Landgemeinde Varel.

Die Wahl der Mitglieder zur Landwirtschaftskammer ist auf

Sonntag, den 5. November 1922

angesetzt. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und endigt um 5 Uhr nachmittags.

Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen zugelassen, die in die Wählerliste aufgenommen sind.

Die abzugebenden Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein. Sie sollen 9 mal 12 cm groß, von weißem oder weißlichem Papier sein und sind vom Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlage abzugeben. Der Umschlag darf außer dem Stempel kein Kennzeichen haben. Er muß 12 mal 15 cm groß und aus undurchsichtigem Papier hergestellt sein.

Die Landgemeinde bildet einen Stimmbezirk. Wahlvorsteher ist der Unterzeichnete, Stellvertreter ist Beigeordneter Landwirt Fr. Brunken in Winkelsheide. [4737

Wahlraum: Torhegenhaus in Borgstede.

Borgstede, den 16. Oktober 1922.

Gemeindevorstand der Landgemeinde Varel.
D. Wilken.

Nordenham.

Am Freitag, den 27. d. M., nachm. 4 Uhr, werden im Hause Peterstraße 40 folgende Sachen gegen Barzahlung verkauft:

1 Kommode, 1 Kleiderschrank, 1 Tür, 2 Bettstellen, 1 Küchentisch, 2 kleine Tische, 5 Rohrstühle, 4 Küchenstühle, 1 Küchenschrank, zwei Betten, 1 kl. Koffer, 1 Stehlampe, 1 Stehuhr, 1 Spiegel, 6 Bilder, 6 Handtücher, 4 Kissenbezüge, 2 Paar Gardinen, 1 Quantum Kartoffeln, 1 Quantum Torf, verschiedene andere Sachen, Kleidungsstücke. [4740

Nordenham, den 25. Oktober 1922.

Stadtmagistrat. Boyken.

Gartenbauverein Wilhelmshaven e. V.

Am Freitag, den 27. Oktober, abends 7.30 Uhr im Werft-Speisehaus:

Mitgliederversammlung!

Sehr wichtige Tagesordnung. U. a. Vortrag des Herrn Stadtgärtners Freese über Düngung im Kleingarten. Mitgliedskarte dient als Ausweis. Rückständiger erhöhter Beitrag wird von 7 Uhr gehoben. Der Vorstand.

Ohmstede.

Vereinigte sozialdemokr. Partei (Volksverein).

Am Sonnabend, dem 28. Oktober abends 8 Uhr, bei H. Helms:

Außerord. General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Verschmelzung der beiden Bruderparteien und Neuwahl des Vorstandes.
2. Neuregelung der Beitragsfrage.
3. Sonstiges.

Genossinnen und Genossen! Erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung! Keiner darf fehlen! — Die Vorstandsmitglieder wollen um 6.30 Uhr zu einer Vorbesprechung kommen.

Der Vorstand.

Städtische Badeanstalt, Oldeoogestr. 12

Geöffnet: Donnerstags, Freitags, Sonnabends und Sonntags. Alle Arten Bäder, Massagen usw. werden verabfolgt.

Kaufe jeden Posten neue u. gebrauchte
Möbel!
W. Janßen, Peterstr. 60, Ecke Grenzstr. Fernr. 697.

Einzelne Möbel sowie ganze Hausstände kaufen laufend **Carstens & Precht** Müller-, Ecke Ulmenstr. Telephon 2150.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett. dir. an Priv. Kat. 55 U frei Eisenmöbel-Fabrik Suhl i. Thür. [9050

Prima junges, fettes
Roßfleisch
empfiehlt [4742
Schlachterei R. Wenige
Nordenham
Peterstraße 43.
Telephon 332.

SCHAUSPIEL-HAUS
Mittwoch 8.15 Uhr
Abteilung 9:
Die goldene Eva

Eisen, Blei, Zink, Lumpen, Flaschen u. sonstige Rohprodukte
kauft zu höchsten Preisen
Kramer, Grenzstr. 57

Das echte Harlemer Oel z. hab. i. Wilhelmsh. Sanitätshaus Göterstraße 16, Inh.: J. K. Biermann.

Verkauf.
2 Klosettb. o. S., 1 gr. eis. Waschk., div. Rohre, 10 qm l. Bretter, versch. Fenster, Hobelbank. Rüstring II, Schulstr. 16

Gut möbl. Zimmer zu vermieten. [4739
Kaiserstraße 170 part. r.

A. D. G. B.
Ortsausschuß Whaven-Rüstringen.
Donnerstag, 26. Okt. abends 7½ Uhr:
Sitzung
bei Arend Frerichs, Mellumstraße.
Pünktliches Erscheinen erwartet [4734
Der Vorstand.

Zentralkommission für Bildung, Sport und Körperpflege
Die für Mittwoch abend angesagte Sitzung der Zentralkommission für Bildung, Sport u. Körperpflege findet am Donnerstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, im Rathaus Wilhelmshavener Straße statt. [4735

Schwimmverein „Deutschland 1900"
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Donnerstag, 26. Oktbr.:
Versammlung
im Werftspeisehaus.

Danksagung.
Für die überaus große Liebe und Aufmerksamkeit, die mir beim Hinscheiden meines lieben, unvergeßlichen Sohnes Wilhelm Jaschinski erwiesen wurde, insbesond. dem Touristen-Verein Die Naturfreunde, Herrn Bürgermeister für die tröstenden Worte, dem Holzarbeiter-Verband, sowie d. Internat. Bund der Kriegsbeschädigten und den Arbeitskollegen sage ich meinen tiefempfundenen Dank.
Die trauernde Mutter
Witwe Anna Riedel,
verwitwete Jaschinski.
Kaiserstraße 19.

Drucksachen und Plakate

Briefbogen und Kuverts	Vereinsdrucksachen
Rechnungsformulare	Visitenkarten
Quittungsformulare	Verlobungskarten
Wechselformulare	Hochzeitskarten
Geschäftskarten	Einladungskarten
Postkarten	Glückwunschkarten
Mitteilungen	Trauerbriefe
Zirkulare	Trauerkarten
Plakate in neuer u. modern. Ausführung	Miets- und Lehrverträge
	An- und Abmeldescheine

Paul Hug & Co., Rüstringen

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 250
36. Jahrgang

Beilage zur Republik.

Mittwoch, den 25. Oktober 1922

Bürgervorsteher-Kollegium.

Bv.-Wortführer-Stellvertreter Müller eröffnet um 4 Uhr die Sitzung.

Monatsrevision. Der Bericht über die Prüfung der Kämmerei- und Sparkasse im Monat September liegt vor. Erinnerungen wurden nicht gezogen.

Arbeitsnachweis für die Jadestädte. Der Magistrat Rüstringen hat beantragt, auch nach Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes den Arbeitsnachweis für das Jadegebiet in Rüstringen unter Verwaltung des Magistrats Rüstringen weiter zu betreiben. — Das Kollegium stimmt zu.

Vergütung für die Personenstandsaufnahme. Die diesjährige Personenstandsaufnahme ist von 20 Zählern durchgeführt worden. Als Vergütung hierfür hat der Magistrat beschlossen, jedem Zähler 1000 Mark zu bewilligen. Diese Kosten werden vom Reiche der Stadt zurückerstattet. — Das Kollegium stimmt zu.

Erhöhung der Verpflegungssätze für Obdachlose. Auf Antrag des Herbergsvaters wird der tägliche Verpflegungssatz für Obdachlose für die Zeit vom 1. Oktober 1922 ab von 10 auf 20 Mk. erhöht.

Versicherung der Werkfeuerwehr. Nachdem durch Vertrag die Werkfeuerwehr in Brandfällen in den beiden Städten einzugreifen verpflichtet worden ist, ist die Versicherung der Feuerwehrleute gegen Unfall erforderlich geworden. Im Einverständnis mit der Stadt Rüstringen soll die vorgelegte Unfallversicherung eingegangen werden. Das Kollegium gibt seine Zustimmung.

Mittel für Wohnungsbeschaffung. Nachdem der Neubau von Wohnungen teilweise eingestellt werden mußte, weil die Beschaffung von Geldbeträgen in dem benötigten Umfange auf dem Anleihewege gegenwärtig nicht möglich ist, soll versucht werden, durch Ausbau von Dachräumen und durch Teilung von Wohnungen noch neue Wohnungen und zwar auf billigste Weise zu gewinnen. Hierfür werden 250 000 Mark benötigt. — Baurat Kopff teilt mit, daß verschiedene Wohnungen durch Ausbau geschaffen werden können. Zum großen Teil kommen die Beträge wieder durch die Mieten für die ausgebauten Wohnungen ein. Die Vorlage wird angenommen.

Angelegenheiten des Kinderheims. Die Pflegesätze für das Kinderheim werden erhöht. Von Selbstzahlern sollen 100 Mark täglich entrichtet werden. Das Kollegium beschließt, die Festsetzung der Erhöhungen der zuständigen Kommission zu übertragen. — Der Kinderheimvorstand hat beschlossen, daß der Fonds des Kinderheims bestehen bleiben soll und zwar unter freier Verfügung des Kinderheimvorstandes. — Das Kollegium stimmt zu.

Krankenhausangelegenheiten. Die Provinzial-Krankenpflegerinnen-Anstalt „Clementinenhaus" fordert die Erhöhung des Jahresbeitrages für die Stationsschwestern auf 18 000 Mark pro Kopf und für eine Hebammenschwester auf 21 000 Mk. und zwar vom 1. d. M. ab. Das Kollegium stimmt zu und in Zukunft sollen diese Erhöhungen durch die Finanzkommission erfolgen. Auch der Krankenverpflegungstarif des städtischen Krankenhauses soll eine Aenderung erfahren. Die Sätze sollen in der Weise erhöht werden, daß am 1. Oktober und 1. November dieses Jahres je 100 Mark Erhöhung eintreten soll und dann monatlich 30 Mark. — Nach kurzer Aussprache, in der Bürgermeister Jäger mitteilt, daß der Krankenhausvorstand glaubt, mit den vorgeschlagenen Sätzen auskommen zu können, wenn nicht noch größere Umwälzungen auf dem Geldmarkt erfolgen, wird ein Antrag Oberbloibaum, der die Regelung dem Krankenkassenvorstand überlassen will, abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Schöffen- und Geschworenenwahl betr. Die Wahl von Vertrauensmännern zum Ausschuß für die Wahl der Schöffen und Geschworenen ergibt, daß die Herren Janßen, Stangenberg, Hanen, Hartmann, Brand, Harms und Iseling als Vertrauensmänner wirken werden.

Aenderung des Ortsstatuts. Anläßlich eines Disziplinarfalles erscheint die Besoldungsordnung hinsichtlich der Rückzahlung von Reise- und Umzugskosten abänderungsbedürftig. Der Aenderung wird zugestimmt.

Mandatsniederlegung. Die Bv. Frau Jongmann und Meyer haben ihre Aemter als Bürgervorsteher niedergelegt. Das Kollegium ist damit einverstanden.

Mitteilungen. Ein Antrag der Handwerkskammer in Aurich, die Gewerbesteuerveranlagung betr., wird, nachdem die vom Bv. Meineke beantragte Besprechung abgelehnt wurde, dem Magistrat überwiesen. — Die Ortsgruppe der K. P. D. hat einen Dringlichkeitsantrag über die Versorgung der Bevölkerung mit Milch an das Kollegium gerichtet, in dem auch Vorschläge gemacht wurden, wie Milch zu beschaffen ist. (!) Der Antrag ging an den Magistrat.

Beschaffung von Wohnräumen und Schulräumen. Die Räume der alten katholischen Volksschule sind wieder für Schulzwecke herzurichten. Die Räume der bisherigen Kochschule sollen für Wohnzwecke eingerichtet werden. Dadurch wird eine Verlegung der Kochschule der Frauenschule in das Gebäude der höheren Mädchenschule erforderlich. Die Kosten für die katholische Volksschule belaufen sich auf 178 000 Mark, für die Einrichtung der Kochschule auf 176 000 Mark und für die Herrichtung der Wohnungen 188 000 Mark. Die Unterbringung der Kochschule in der Gewerbeschule ist, wie sich aus den einleitenden Worten des Bv.-Stellvertreter Müller ergibt, möglich. Das Kollegium beschließt daher, dieser Unterbringung zuzustimmen und werden durch den Beschluß die Mittel für die Einrichtung der Kochschule in der höheren Mädchenschule bis auf einen geringen Betrag gespart. Die Kosten für die anderen Umarbeiten werden bewilligt.

Dringlichkeitsantrag der D. D. P. Um der Bevölkerung den Bezug von Milch aus Butjadingen zu ermöglichen, hat die demokratische Fraktion beantragt, den Fahrpreis für den städtischen Dampfer nach Schwarden für Kinder bis zu 14 Jahren auf die Hälfte festzusetzen. Der Antrag fand einstimmig Annahme.

Hierauf war Schluß der öffentlichen Sitzung, der noch eine vertrauliche folgte.

Oldenburg und Ostfriesland.

Auf in den Kampf, Torrero!

Unter der Stichmarke: Bankerottpolitik? stellt die „Wilhelmshavener Zeitung" in ihrer gestrigen Nummer zum Bericht über die letzte Stadtratssitzung einige Betrachtungen voran. Der Schreiber der Notiz hängt sich die Toga eines Volkstribunen um und erhebt mit der Bürgerlichen Vereinigung seine warnende Stimme. Natürlich protestiert auch er. Das ist sehr wichtig. Im wesentlichen ist es ein Schimpfen gegen die sozialistischen Stadtvertreter, was man sich da mal wieder leistet. Anscheinend glaubt man in der „Wilhelmshavener Zeitung" durch wüstes Gebelfer gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften mehr zu erreichen, als durch scheinheiliges Gebaren. Zu verlieren hat ja auch die „Zeitung" nichts mehr, denn die Arbeiterschaft erkennt nachgerade, daß sie von dieser Gesellschaft verraten und verkauft wird. Einige Stichproben aus der Schreiberei mögen unseren Lesern zeigen, was für Geistesarbeit sich die „Zeitung" leistet. Nach ihr handelt es sich für die Sozialdemokratie nur um eine Machtfrage. Auch von Postenjägerei will ein Gerücht wissen. Aber wie edel, die Zeitung glaubt vorerst nicht daran. (Ja, zum Teufel, warum kolportiert sie dann, wie ein altes Waschweib das Gerücht weiter?) Unsere Genossen machen hämische Bemerkungen, verdächtigen die bürgerlichen Vertreter nach den „unparteiischen" Beobachtungen des „Zeitungs"berichterstatters. Auch hofft er noch, hinter das „Treiben" der sozialistischen Stadtväter zu kommen. Na also.

Wir können uns längere Ausführungen schenken. Auch ein Eingehen auf die Frage an sich auf Grund der „Zeitungs"-Betrachtung erübrigt sich, da das Zeug, sofern der Versuch der Sachlichkeit gemacht wird, einfach nicht zu verdauen ist. Es ist ein zusammengesuchtes Geistesprodukt, mit dem der Schreiber glaubt, eine Frage, wie die des Wohnungsbaues, abtun zu können. Die Gründe, die unsere Stadtadministration veranlassen, Mittel für den Wohnungsbau überhaupt bereitzustellen, werden noch eine sachliche Würdigung finden, die unseren Genossen die Möglichkeit bietet, die Dinge zu sehen, wie sie tatsächlich sind. Die Frage des Bauens überhaupt kommt erst in zweiter Linie.

Rüstringen.

Frauenversammlung. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr findet im Sitzungssaale des Rathauses Wilhelmshavener Straße eine Versammlung der Frauen beider sozialdemokratischer Parteien statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag über die rechtliche und soziale Stellung der Frau; 2. Organisationsfragen; 3. Verschiedenes. Die Frauen beider Parteien werden gebeten, für recht zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Sitzung des Stadtrats. Am Sonnabend nachmittag 6½ Uhr wird der Stadtrat nochmals über den Wohnungsbau 1923 beraten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nach Art. 25 Gem.-O. eine Beschlußfassung erfolgen kann, wenn die Mitglieder des Stadtrats zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berufen und dennoch nicht in beschlußfähiger Zahl erschienen sind.

Wohnungssteuer auch für Dienstwohnungen. Das oldenburgische Gesetz über die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues sagt, daß die Gebäude des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände von der Wohnungssteuer befreit sind. Danach sollten Lehrer mit Dienstwohnung von der Steuerzahlung entbunden sein. Dem ist aber nicht so. Steuerfrei sind nur die Diensträume, aber nicht die Dienstwohnung, weil das Reichsgesetz ausdrücklich bestimmt, daß bei Dienstwohnungen in jedem Falle der Wohnungsinhaber der Abgabeschuldner ist.

pr. **Aus dem Musikleben der Jadestädte.** Seitdem Herr Kapellmeister Blechschmidt sich in Holland eine Existenz gegründet und auch Herr Musiklehrer Förtel von hier fortgegangen, ist im Musikleben der Jadestädte eine gewisse Lücke entstanden. Infolgedessen hat sich Herr Dr. Spohrs hier als Musik- und Gesanglehrer, als Praktiker und Theoretiker, niedergelassen und wird seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse für die Förderung des Musiklebens der Jadestädte hier einstellen. Dr. phil. Bruno Spohrs studierte in Berlin und Kiel und promovierte im Jahre 1905. Er bezog dann die Akademie der Künste in Berlin und wurde Meisterschüler für musikalische Komposition des berühmten Musikprofessor Humperdinck. Seitdem hat Dr. Spohrs in einer Reihe von Städten als Musiklehrer, Pianist, Organist, Kapellmeister, Theater- und Musikdirigent gewirkt. Eine ganze Anzahl Lieder, Kompositionen für Klavier und Orchester und auch eine Oper, die von zuständiger Stelle sehr günstig beurteilt wurde, sind aus seiner Feder geflossen. Dr. Spohrs hofft hier, zunächst vornehmlich auf dem Gebiet des Gesanges, erfolgreich wirksam sein zu können. Er ist am Donnerstag zum Dirigenten des Philharmonischen Chors gewählt worden, der seine anfangs aufgestellten hohen Ziele bei der erforderlichen Unterstützung durch das gesangliebende Publikum nunmehr zu erreichen gedenkt. Auch musiktheoretisch wird sich Dr. Spohrs hier recht bald öffentlich betätigen. Ob es ihm gelingen wird, mit Hilfe der hiesigen musikfördernden Vereinigungen auch das Philharmonische Orchester wieder zu größeren Konzerten aktionsfähig zu machen, ist eine Frage der Zukunft. Somit darf unser Musikleben nicht hoffnungslos in die Zukunft blicken.

pr. **Landestheatergemeinden.** Am Sonntag tagten im Landestheater zu Oldenburg die Vertreter der Theatergemeinden. Vertreten waren Apen, Augustfehn, Brake, Elsfleth, Leer, Rastede, Rüstringen, Vechta, Weener, Westerstede und Zwischenahn. Es fehlten Varel und Jever. Direktor Renbe begrüßte die Erschienenen und teilte mit, daß die Organisationen erfreulich gewachsen seien. Sie bilden ein enges Band zwischen Landestheater und der Bevölkerung im Lande. Die Direktion sei bemüht, den Wünschen der Gemeinden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Pressechef Schnitzger berichtete, daß die Theatergemeinden jetzt drei Gruppen bilden, da der Besuch der Vorstellungen ständig gestiegen sei. Außer dem Schau- und Lustspiele, sowie den Opern und Operetten, sollen in diesem Winter den Theatergemeinden im Landestheater auch Konzerte gegeben werden. Direktor Dr. Kopsch teilte über die Konzerte näheres mit und gab die Zusage, daß bei Garantie für den erforderlichen Be[illegible]lich das Landesorchester auf Wunsch auch in den größeren Gemein-

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

27) (Nachdruck verboten.)

Alois war ein heller Kopf und mit einem raschen Auffassungsvermögen begabt. Dennoch war es für ihn nicht leicht, sich aus dem Tränen- und Wortschwall der kleinen Dame, die ja keineswegs die Gabe lichtvoller Darstellung besaß, ein klares Bild von den Vorgängen im Hause Dorn, die zu Carras Flucht geführt hatten, zu machen. Aber er begriff wenigstens die Tatsache ihrer gegenwärtigen traurigen Lage, sowie die Notwendigkeit, hier zunächst einmal wirksam Hilfe zu leisten und alle frivolen Nebengedanken beiseite zu schieben. Er zog also den Arm, den er während Carras Erzählung leise um ihre Schultern gelegt hatte, wieder ein, rückte ein Stückchen von ihr ab und sagte mit würdiger Miene: „Ich danke Ihnen, meine Gnädigste, für Ihre Offenheit. Ich bin ein Ehrenmann. — Sie sollen sich in Ihrem Vertrauen nicht getäuscht haben. Sie brauchen jetzt weiter gar nichts zu tun, als Ihre Effekten z'samm z'richten — alles Uebrige lassen Sie meine Sorge sein."

In ihrer überschwenglichen Dankbarkeit wäre sie imstande gewesen, dem liebenswürdigen „Ehrenmann" um den Hals zu fallen. Aber seine kavaliermäßig-förmliche Haltung setzte ihrem Temperament einen wohltätigen Dämpfer auf und beruhigte ihre Nerven so, daß sie sehr bald imstande war, vernünftig mit ihm über die nächsten Schritte, die getan werden mußten, zu reden. Während sie rasch ihre Koffer packte, entwickelte ihr Alois Bredauer sein Programm. Erstens: das Hotel sofort verlassen; zweitens: ein möbliertes Zimmer bei einer anständigen Frau für sie mieten; drittens: gut soupieren; viertens prachtvoll schlafen; fünftens: morgen in der Früh' reden wir weiter. Er bedauerte sehr, daß die Geschäftsreise, die er morgen antreten mußte, unaufschiebbar sei, wolle ihr aber für jeden Fall ausreichende Barmittel hinterlassen, die sie bis zu seiner Rückkehr über vierzehn Tagen vor neuen Sorgen und Unannehmlichkeiten schützen würden. Und in diesen vierzehn Tagen, so hoffte er, würde entweder auf direktem Wege oder durch die Vermittlung der Verwandten wohl irgendeine Vereinbarung mit ihrem Manne sich treffen lassen. Er würde sich alle Mühe geben, sie nicht zu kompromittieren, damit ihr nicht etwa bei einem möglichen Scheidungsprozeß Schwierigkeiten erwüchsen. Die kleine Eröffnungs[illegible] mit dem Kellner Schani war allerdings bedenklich. Aber da mußten sie eben dem Zufall vertrauen, daß in Steglitz nichts davon ruchbar wurde.

Die gute Carra war überglücklich. Voll kindlichen Vertrauens blickte sie zu ihrem langen, schlanken Retter empor und war bereit, sich allen seinen Weisungen blindlings zu unterwerfen. Aller Kummer dieser einsamen Tage, alle quälenden Zweifel an der Gerechtigkeit ihrer Sache waren vergessen. Sie war glücklich, der unwürdigen Behandlung im Hause ihres Gatten entgangen zu sein — und während des Packens und Hin- und Herschwatzens fing sie schon wieder an zu lachen, kleine Scherze zu treiben und lustige Luftschlösser zu bauen. Sie wollte ihre Freiheit genießen, aus eigener Kraft etwas werden — o, man sollte sie schon respektieren! — Die Kinder mußten ihr natürlich zugesprochen werden, denn Philipp war der allein schuldige Teil — und dann würde sie in ganz bescheidenen Grenzen natürlich, eine gemütliche Geselligkeit pflegen, in der Herr Alois Bredauer als guter Onkel mit der Zuckertüte stets willkommen sein würde.

Als die Koffer fertig gepackt waren, ließ Herr Bredauer die Rechnung kommen und einen geschlossenen Zweispänner bestellen. Er zahlte, gab reichliche Trinkgelder, und an dem Spalier der sich tief verneigenden Bediensteten des Hotels vorbei führte er seine fröhliche, kleine Dame an den hochbepackten Wagen und rief dem Kutscher eine beliebige Straße und Hausnummer zu.

Unterwegs ließ er an einem Bauzaun, der mit Plakaten bedeckt war, halten, stieg aus und studierte den dort angeklebten Wohnungsanzeiger. Er notierte ein paar Adressen in sein Taschenbuch und gab dem Kutscher eine entsprechende Weisung. Dreimal stieg das Paar vergebens zwei bis vier Treppen hinauf; aber die vierte Wohnung, bestehend aus einem hübschen kleinen Salon und einem ziemlich geräumigen Schlafzimmer mit Himmelbett und cretonneüberzogenen Möbeln, gefiel Frau Carra so gut, daß Herr Bredauer den Mietsvertrag sofort durch Anzahlung einer Monatsrate perfekt machte. Dann ging er hinunter, um den Kutscher abzulohnen und das Hinaufschaffen des Gepäcks zu betreiben.

Unterdessen hielt Frau Carra in ihrem neuen Heim Umschau. Zwei Fenster mit hübschen Stores hatte das Wohnzimmerchen, und die Aussicht ging auf eine gleichgültige, nichts weniger als feine Straße und über Dächer, Schornsteine und Türme hinaus. Neben dem Fenster rechts stand ein Piano, und über dem Piano hing das lebensgroße Brustbild eines flotten Reiteroffiziers, eine angetuschte Photographie, und dann kam die Tür zum Schlafzimmer. Und auf der andern Seite der Wand ein Diwan mit mehreren großen, weichen Seidenkissen darauf. Er war ein bißchen schmuddlig, und der Ueberwurf zeigte sich bei näherem Hinschauen als eine billige Nachahmung eines orientalischen Gewebes, ziemlich verblichen und recht vielfach geflickt. Sie versetzte dem Polster einen leichten Schlag — eine Staubwolke stieg auf. Und in dem Gestell gab es einen metallenen Widerhall wie von einer schmerzlich getroffenen Feder. Vor dem Diwan lag ein imitiertes Eisbärenfell, das einstmals auf dem Rücken zweier exotischer Schafe gewachsen war, durch vielen Gebrauch aber bereits einen mißfarbig-gräulichen Ton angenommen hatte. Ein etwas wackliger, ovaler Tisch stand darauf, der entschieden einer anständigen Bedeckung für die erheblichen Schäden seiner Politur bedurfte. Dann kam der kleine Ofen, der durch einen Schirm bis zu halber Höhe verdeckt war, und dieser Schirm war über und über beklebt mit Bildern, die aus dem „Journal amusant", dem „Floh", der „Bombe" und andern bedenklichen Witzblättern herausgeschnitten waren und durchweg Damen in mangelhafter Toilette und in verfänglichen Situationen vorstellten. Auch an der Wand über dem Sofa prangten in den verschiedensten Rahmen Bilder, wie sie Frau Carra noch in keiner Wohnung begegnet waren, die sie jemals betreten hatte. Sie wurde ängstlich und beklommen bei diesem Anblick. Sollte das der allgemeine Stil der feineren Junggesellenbehausungen sein? Sie tupfte da und dort als gut gewöhnte Hausfrau mit dem Finger auf ein Möbel — überall Staub. Überall bei näherer Besichtigung schlecht oder gar nicht reparierte Schäden, kein solider Stoff, kein Geschmack, keine Harmonie, alles Shoddy, billige Imitation, Schlamperei mit leichtem Firnis! Und diese schlechte Luft! Hier wurde gewiß selten oder nie naß aufgewischt und ungern das Fenster geöffnet. Ihr graußte jetzt beinahe vor dem Schlafzimmer, und der Gedanke drängte sich ihr auf, was für Leute wohl schon alles in diesem Himmelbett unter der gelben Atlasdecke mit dem großen Kaffeefleck darauf geschlafen haben mochten. Und auf einmal kam sie sich wieder so traurig trostlos, ausgestoßen, ehe- und heimatlos vor und wäre am liebsten, alles im Stich lassend, die Treppe hinunter und auf die Straße hinaus geflohen.

Da trat die Zimmervermieterin herein, eine ziemlich korpulente, große Frau mit einem braunen, brutalen Gesicht und zigeunerhaft wirren, schwarzen Haaren um den Kopf. „No, haben S' sich a bißl umg'schaut, Freinlein?" begann sie mit listiger Freundlichkeit. „Wird Ihnen scho' g'fallen bei mir. Ich hab' immer nur feine Damen da herinnen g'habt. Wissen S', die jungen Herren machen z'viel Spektakel, wenn's nachts heimkommen, und ruinieren ei'm alle die guten Möbeln. Mit die Damen erhält mer sei' Sach' viel besser, und auch sonst is's nur vorteilhaft, wenn man darauf schaut, daß man solide Damen derwischt, die, wo einen materiellen Anhalt haben, wissen S'. Hier ha'n meistens Künstlerinnen vom Theater g'wohnt; die letzte war die erste Soubrette am Gärtnerplatz. Die hat über ein Jahr hier g'wohnt und sich überaus glücklich g'fühlt. Schauen S' da über dem Klavier hängt noch das Porträt von ihrem Herrn Bräutigam, der hat's mir zum Andenken da g'lassen, weil's sich mit ihm zerkriegt hat. Wissen S', der hat halt zu hohe Ansprüch' an die Treue g'stellt, und da hat das Freilein g'funden, es könnt' ihrem Fortkommen eher hinderlich sein, wenn sie das Verhältnis fortsetzet, und darum is's hier aus dem Engagement 'gangen und wieder nach Wien z'ruck, wo's auch von früher her noch einen Herrn Bräutigam g'habt hat. Es war recht a lieb's Freilein! Ich möcht' wünschen, daß 's Ihnen auch so gut bei mir behagt."

Frau Carra setzte sich auf den nächsten Stuhl, denn ihr wurde tatsächlich schwach und übel unter der Beredsamkeit der Alten. Ein Angstgefühl wandelte sie an, wie oftmals kleine Kinder, wenn sie einem alten Weibe mit wackligem Eckzahn begegnen und ihnen bei dem Anblick alle Hexengeschichten einfallen, die sie je gehört haben. So auch tat sich ihr bei den Andeutungen dieser robusten Zimmervermieterin die Pforte einer Welt auf, die ihr bisher nur aus Büchern und vom Hörensagen bekannt war. In diesem Quartier hatten gewiß immer nur Halbweltlerinnen gehaust, und jedem Möbel, jedem einzelnen Schmuckstück oder Gebrauchsgegenstand war, irgendwo verborgen und doch die ganze Atmosphäre mit ahnungsvoller Gegenwart erfüllend, wie das Siegel des Gerichtsvollziehers, der Stempel des Halbweltlichen aufgeprägt. Einen Augenblick kam ihr der Gedanke, ob vielleicht Alois Bredauer sie absichtlich hierher gebracht hatte; aber sie ließ ihn gleich wieder fallen. Sie durfte überhaupt das Vertrauen zu diesem Manne, der sich bisher so durchaus korrekt benommen hatte, nicht verlieren, sonst war sie ja noch schlimmer daran als vorher! Nur keine Furcht, keinen Zweifel an sich herankommen lassen! Sie mußte Bredauer gegenüber die Naive spielen und dies schäbig-kokette Quartier so lange „sa nett" finden, bis sie imstande war, von eigenem Gelde ein besseres zu beziehen.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

den Ungarniere. — Der Spielplan wurde bis einschließlich Januar festgelegt. Die Landestheatergemeinde Rüstringen-Wilhelmshaven, die vom Landestheater nur Opernvorstellungen wünscht, bildet eine Gruppe für sich und wird ihre nächste Vorstellung am Sonntag den 12. November, nachmittags, haben. Gegeben wird die Oper „Zauberflöte“ von Mozart. Da die Theatergemeinde Rüstringen-Wilhelmshaven für diesen Nachmittag das gesamte Landestheater in Anspruch nimmt, so stehen ihr 800 Plätze zur Verfügung, die bereits fast restlos abgesetzt sind. Im Hinblick auf diese starke Beteiligung hat der Vorstand der Freien Volksbühne bei der Eisenbahndirektion einen Sonderzug beantragt, durch dessen Benutzung der vom 1. November ab verdoppelte Fahrpreis ermäßigt wird. Alles Nähere wird noch durch Anzeige bekanntgegeben. Sodann ist eine Einführung in Mozarts bedeutsame Oper „Die Zauberflöte“ für Freitag den 10. November, abends 8 Uhr beginnend, im Rüstringer Realgymnasium in Aussicht genommen. Durch diese Einführung, die durch Herrn Dr. phil. Spohrs mit Erläuterungen am Flügel gegeben wird, wird der Besucher der Oper zweifellos einen vervielfachten Genuß haben. Der Text der Oper beruht im wesentlichen auf der ethisch-philosophischen Grundlage der Freimaurerei. Der Eintrittspreis zu diesem Musikvortrag ist niedrigst bemessen, voraussichtlich wird er zehn Mark betragen. Als nächste Oper für Rüstringen-Wilhelmshaven ist „Lohengrin“ von Richard Wagner, die im Januar gegeben wird, festgelegt. Auch für diese Oper steht der Theatergemeinde Rüstringen-Wilhelmshaven das gesamte Landestheater zur Verfügung.

pr. **Diebstahl.** In der Nacht zum Montag wurden aus einem Gartenhause in den Gärten zwischen Lilienburgstraße und Bekleidungsamt drei weiße Riesenkaninchen gestohlen. — In der letzten Zeit ist es oft vorgekommen, daß von den Straßenkanälen die schweren Roste gestohlen wurden. Auf die Gefährlichkeit solcher Dieberei für die Straßenpassanten muß besonders hingewiesen werden. Die Eisenaufkäufer werden vor Ankauf der Roste, auch zerkleinert, dringend gewarnt, da auch einzelne Stücke als zu den Rosten gehörig erkenntlich sind.

Papierersparnis in den Volksschulen. Das evangelische Oberschulkollegium teilt den Leitern der Volksschulen mit, daß die ständig steigenden Preise für Schreib- und Zeichenpapier und Schulhefte es der Schule zur Pflicht machen, jede über das unbedingt notwendige Maß hinausgehende Belastung der Eltern zu vermeiden. Das Ministerium der Kirchen und Schulen erinnert deshalb an die Verfügung vom 16. Mai 1916 und macht alle Schulleiter für deren genaue Befolgung verantwortlich. In der genannten Verfügung heißt es u. a.: „Die Schüler dürfen nur so viele Hefte führen, als für den Unterrichtszweck durchaus nötig ist. Die Hefte sind voll auszunutzen, jede Raumverschwendung ist zu vermeiden. Auch ist von allen nicht vorgeschriebenen und entbehrlichen schriftlichen Arbeiten abzusehen. Besondere Schutzumschläge um die Hefte werden nicht mehr gestattet. Wo es nach Klassenstufe und Fach angängig erscheint, ist statt der Hefte die Schiefertafel so weit als möglich zu benutzen.“

Bezug von Markenbrot. Nach Auskunft des Reichsernährungsministeriums ist es unzulässig und gegebenenfalls strafbar, wenn Haushaltungen, die nach den Bestimmungen der Verordnung über den Bezug von Markenbrot auf das freie Brot zu verweisen sind, für ihre Hausangestellten Brotkarten in Anspruch nehmen.

Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg. 41. Band, 130. Stück, enthält: Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 16. Okt. 1922, betreffend Aenderung der Bekanntmachung vom 28. Juli 1922, betreffend den Erlaß einer Gebührenordnung für approbierte Aerzte und Zahnärzte. — Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 17. Oktober 1922, betreffend die Verordnung der Reichsregierung vom 24. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt Teil II Seite 680) zum deutsch-dänischen Staatsangehörigkeitsabkommen (Reichsgesetzblatt Teil II Seite 201 und Seite 235).

Arbeitersport im Film. Auf Veranlassung der Bezirksleitung der Freien Turnerschaft wird das erste Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig in den Deutschen Lichtspielen zur Darstellung kommen. Die Filmaufnahme von der Sportschau der Arbeiterturner dürfte vor allem in der Arbeiterschaft ein reges Interesse erwecken. Die Aufführungszeiten sind Freitag und Sonnabend 5 Uhr abends, Sonntag 10.30 Uhr morgens, Montag 5 Uhr abends. Montag nachmittag 3 Uhr findet eine Kindervorführung statt. Unsere Leser seien auf die Filmdarbietungen besonders hingewiesen.

Zentralkommission für Bildung, Sport und Körperpflege. Die für Mittwoch angesetzte Sitzung ist auf Donnerstag den 26., abends 8 Uhr, verlegt. Sie findet im Rathaus Wilhelmshavener Straße statt.

Oeffentliche Mieterversammlung. Auf die morgen, Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Werftspeisehaus stattfindende öffentliche Mieterversammlung werden die Mieter und Vermieter beider Jadestädte an dieser Stelle nochmals hingewiesen.

Wilhelmshaven.

Eine geheimnisvolle Geschichte. Nach einer beim hiesigen Stationskommando eingelaufenen Meldung soll der Stralsunder Schoner „Bertha“, der auf der Elbe vor Anker lag, Sonntag mittag von Räubern überfallen sein. Nach der Angabe des Kapitäns, sind die vier Banditen mit einem Boot an das Schiff gekommen, haben die Mannschaft überwältigt und wollten sie zwingen, nach Norwegen zu fahren. Angeblich wegen des stürmischen Wetters (?) ist der Schoner in die Jade eingelaufen und dann infolge des stürmischen Wetters (Windstärke 1—2) gestrandet und gesunken. Dem Kapitän und den Schiffsjungen gelang es, in einem Boot zum Voslapper Leuchtturm zu gelangen, von wo sie durch Marinefahrzeuge nach hier geholt wurden. Der Kapitän ist tatsächlich verwundet, er hat drei Schüsse erhalten (nach seiner Aussage von den Räubern) und wurde dem Krankenhause zugeführt. Ob seine Darstellungen zutreffen oder ob es sich um einen Spritschmuggel oder etwas ähnliches handelt, muß die Untersuchung ergeben. Vielleicht lichtet sich das Dunkel dieser etwas mysteriösen Geschichte bald etwas auf.

Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang. Auf der Strecke vor der Post geriet gestern ein Handwagen, in dem zwei kleine Kinder, Knaben von 3 und 5 Jahren, saßen, vor einen Straßenbahnwagen. Durch den Anprall stürzten die Kinder heraus und kamen unter den Straßenbahnwagen zu liegen. Der kleinere Knabe kroch unverletzt darunter hervor, der größere wurde tot hervorgezogen. Anscheinend hat er sich durch den Sturz das Genick gebrochen. Nach der Darstellung des Führers des Straßenbahnwagens sah er vor sich auf dem Gleis einen Handwagen. Er gab das Klingelzeichen und der Wagen fuhr vom Gleis herunter. Inzwischen war der Mann, der den Wagen gezogen, mit seinem Rade in dem anderen Gleis festgeraten und bemühte sich, dasselbe los zu bekommen. Da von der anderen Seite ebenfalls ein Straßenbahnwagen kam, wollte die Mutter der Kinder, die den Handwagen von hinten geschoben hatte, ihrem Mann helfen. Sie ließ den Handwagen zwischen den Gleisen stehen. Dieser lief plötzlich allein wieder auf das Gleis zurück. Trotz sofortigen Bremsens, der Straßenbahnführer fuhr ohne Strom, und Ziehens der Sandbremse durch den neben dem Führer stehenden Kontrolleur, war der Anprall noch so heftig, daß die Kinder hinausstürzten.

Gerichtliches.

Schwurgericht in Aurich. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) Sitzung vom 23. Oktober. Die erste Verhandlung richtet sich gegen den Friseur Gerhard Anton Becker aus Emden, welcher angeklagt ist, in der Nacht zum 19. April 1922 in Emden einem Maschinenwärter mit Gewalt eine Brieftasche mit etwa 3000 Mark Inhalt entrissen zu haben. Becker ist 1898 in Emden geboren, unbestraft und seit dem 19. April in Untersuchungshaft. Becker erzählt, er wäre an dem fraglichen Abend von einer Wirtschaft in die andere gezogen, beim Nachhausegehen habe er einen Ueberzieher gefunden und mitgenommen. Dann sei ihm ein Mann, in Begleitung eines Wachmannes begegnet, der ihn gebeten habe, ihm ein Hotelquartier zu besorgen. Er habe diesen Mann zu einer Wirtschaft hinführen wollen, unterwegs aber mit diesem Streit bekommen, sie hätten sich verprügelt und er wäre dann weggelaufen, dabei eine Brieftasche vom Boden mitnehmend, welche er für seine eigene gehalten habe. Nach einer Weile habe er dann bemerkt, daß er eine fremde Brieftasche bei sich habe, er habe geglaubt, diese gehöre zu dem gefundenen Ueberzieher; um Scherereien zu vermeiden, habe er dann beides über die Kirchhofsmauer geworfen. Im weiteren Verlaufe sei er dann verfolgt worden, wäre besinnungslos zusammengebrochen und am nächsten Morgen im Gefängnis erwacht. Einen Raub stellt er entschieden in Abrede. Dieser Aussage steht die des Ueberfallenen gegenüber, nach welcher es sich um einen regelrechten Ueberfall von hinten handelte, wobei er besinnungslos wurde und ihm dann die Brieftasche entrissen wurde. Der Wachmann hat nach seiner Aussage den Ueberfall von Anfang bis Ende gesehen und auch Becker schon vorher gekannt. Danach handelt es sich um einen regelrechten Ueberfall seitens Beckers auf den Maschinenwärter; die Aussagen Beckers von dem gefundenen Ueberzieher und von dem Streit werden bestimmt widerlegt. Nach dem ärztlichen Gutachten ist dem Ueberfallenen ziemlich übel mitgespielt worden. Den Geschworenen werden Schuldfragen nach Raub, schwerem Raub, Körperverletzung und Unterschlagung vorgelegt, bejaht wird nur die Frage nach Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges, die Frage nach mildernden Umständen wird ebenfalls bejaht. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht erkennt auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Schöffengericht Wilhelmshaven vom 20. Oktober 1922. Der Fabrikarbeiter Karl K. in Griesheim war beschuldigt, eine Spiegelscheibe im Werte von 7—800 Mark vorsätzlich zerschlagen zu haben; außerdem hatte er sich noch wegen Bedrohung und Nötigung zu verantworten. Das Gericht erkannte insgesamt auf 6 Wochen Gefängnis. — Der Leichtmatrose August B. in Hamburg und der Oberheizer Z., alle drei auf M 4, sollen gemeinschaftlich den Sanitätsmaat Wirth bestohlen haben. Beide werden freigesprochen. — Der Kaufmann B., hier, oft wegen Eigentumsvergehens vorbestraft, so vor einigen Tagen vom Schöffengericht Rüstringen wegen Fahrraddiebstahls mit 9 Monaten Gefängnis, hatte sich wiederum wegen Diebstahls zu verantworten. B. hatte dem Magazinkutscher Sch. zwei Räder und eine Kette aus der Waschküche, außerdem der Witwe Albers 19 Feuerzeuge mit Reservesteinen und drei Fahrraddecken im Werte von 300 Mark, aus dem Laden gestohlen. B. ist geständig und wird zu 6 und 3 Monaten, zusammengezogen auf 10 Monate Gefängnis bestraft. Die bedingte Begnadigung über die früher erkannte Strafe wird zurückgenommen. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird gegen Frau F. hier wegen Kuppelei und Unzucht verhandelt. Sie wird freigesprochen. — Den Industriewerken A.-G. in Rüstringen hatte der Arbeiter Joseph G. hier 5 Kilogr. Metall im Werte von 1000 Mark entwendet. Das Gericht erkennt auf 2 Monate Gefängnis. — Wegen Betruges wird der Kaufmann Heinrich K., hier in Untersuchungshaft, angeklagt. Bei einem Landwirt wurde ein Diebstahl verübt. Der Landwirt hatte zur Ermittelung des Täters einen Privatdetektiv beauftragt. K. benutzte dieses und schwindelte beiden vor, daß er den Dieb kenne; er müsse aber Geld haben, um arbeiten zu können. Dadurch wurde der Landwirt veranlaßt, eine größere Summe herzugeben. Später versuchte er auch vom Detektiv noch Geld zu erschwindeln. K. leugnete erst, gab aber dann den Tatbestand zu. Er wurde zu 4 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Schiffszimmermann Heinrich K., zurzeit in Untersuchungshaft, hatte auf der Polizeiwache Nachtlogis verlangt. Da er aber noch Geld hatte, wurde er zur Herberge gewiesen. Um nun doch noch Unterkommen zu finden, schlug er die Schaufensterscheibe bei dem Kaufmann H. Plackhun in der Marktstraße ein. K. will von nichts wissen. Das Gericht verurteilt ihn zu 1 Monat Gefängnis. — Der Obermatrose Eilert E. der 1. Maschinengewehr-Abteilung hatte in angetrunkenem Zustande ohne jede Veranlassung eine Spiegelscheibe im Werte von 3000 Mark beim Gastwirt Seifert vorsätzlich zerschlagen und war dann ausgerückt. Er will von nichts wissen. — Das Gericht erkennt auf 2 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter Anton K. und der Heizer Heinrich W. hier hatten im Hafen der Marinewerft Eisenteile, Hanftaue und eine Stahlleine aufgefischt. Sie waren dabei betroffen und wegen unbefugten Fischens angezeigt worden. Sie gaben an, sie hätten Kohlen auffischen wollen. Das Gericht spricht sie frei. — Wegen Bedrohung eines Polizeibeamten und Angabe eines falschen Namens wurde der Schankwirt Johann F. in Rüstringen zu 300 Mark ausbilfsweise für je 100 Mark 1 Tag Gefängnis verurteilt. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen den Rechenführer M. in Rüstringen verhandelt. Derselbe war beschuldigt, den Beischlaf wiederholt ausgeübt zu haben, obwohl er wußte, daß er geschlechtskrank war. Das Gericht verurteilt ihn zu sechs Wochen Gefängnis. Bei Zahlung einer Buße von 3000 Mark wird ihm Strafaussetzung mit der Aussicht auf Begnadigung gewährt. — Der Maschinenbauer Otto M. hier war bei der Firma Hansen u. Co. werk beschäftigt und hatte derselben zwei neue Pferdegeschirre gestohlen und sie durch Vermittlung des Heizers Albert H. an den Wirtsvertreter F. in Rüstringen für 1500 Mark verkauft. Der erstere ist des Diebstahls, die beiden anderen der Hehlerei angeklagt. H. war nicht erschienen. Das Gericht verurteilt M. wegen Diebstahls zu 2000 Mark und den F. wegen Hehlerei zu 6000 Mk. ausbilfsweise für je 100 Mark 1 Tag Gefängnis. Der Zeuge K., welcher trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen war, wurde in eine Strafe von 300 Mk. ausbilfsweise für je 15 Mark 1 Tag Haft genommen. Die Frau M. wurde von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen. — Der Produktenhändler W. hier hatte seinen bissigen Wolfshund ohne Maulkorb frei herumlaufen lassen. Der Gärtner B. ist von dem Hunde gebissen, auch ist sein Mantel von ihm zerrissen. W. wird zu 2000 Mark ausbilfsweise für je 100 Mark 1 Tag Gefängnis verurteilt. — Wegen Tierquälerei war gegen den Fuhrknecht H. in Rüstringen eine Strafverfügung über 300 Mk. evtl. 3 Tage Haft erlassen. H. hatte richterliche Entscheidung beantragt. Die Strafverfügung wurde aufgehoben.

Literatur.

„**Erste Ernte**“, zehn Jahre Kulturarbeit eines niederdeutschen Verlages, nennt Richard Hermes Verlag, Hamburg 37, eine kleine illustrierte Schrift, die er aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens herausgebracht hat und kostenlos versendet.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Am Sonntag findet eine Fahrt nach der Collstedter Kiesgrube statt. Die Kosten im Betrage von 7 Mark sind heute abend im Heim Siebethsburg zu entrichten.

Jungsozialisten. Donnerstag abend 8 Uhr: Zusammenkunft im Parteibureau.

USPD. Zwecks Schlußabrechnung müssen sämtliche Bezirkskassierer der USPD. mit ihren Marken und „Kämpferin“ bis spätestens Sonnabend den 28. d. M. abgerechnet haben. — Am Donnerstag den 26. Oktober, abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung im Parteibureau Hollmannstraße.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schaß, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Ein Zufriedener.

„Nu schlurren se sich wieder ab de Pantoffeln
Nach de Kartoffeln!“
Sagte der Schieber und schüttelte den dicken Kopf:
„Lachhaft, so 'ne Polonaise!“
Drückte auf einen Klingelknopf:
„Ottilie, bring'n Se de Mayonnaise! . . .
Kartoffeln, jewiß, sind jute Jaben.
Jetzt zur Not aber doch auch ohne.
Darum kann ich mir darum nich haben!
Ich lebe nich nach de Schablone.“
Schüttelte den dicken Kopf,
Drückte auf den Klingelknopf
Und sagte: „Merken Sie sich, Ottilie:
Se sind hier in 'ne humane Familie.
Nach Kartoffeln brauchen Se nich anzustehn
Oder in'n Dutzend Läden danach zu schnüffeln.
Kann ich keene Kartoffeln beseh'n,
Eß ich och Trüffeln.“

Das Unwillkommene.

Von Franz Adam Beyerlein.

Wir kommen aus dem Konzert nach Hause.

Schön war es. Wunderschön.

Ich warte, bis sie das Kleid weggetan hat, sitze in meinem Schreibstuhl und summe mir eins. Sie kommt herein im weißen Unterzeug, hockt sich nieder und fängt an in meinen Büchern zu kramen.

Ich frage sie erstaunt: „Willst du noch lesen?“

„Nein doch, nein.“

Aber sie blätterte doch in dem Buche.

Plötzlich legt sies vor mich hin, unterstreicht mit dem hübschen Nagel des kleinen Fingers ein paar Zeilen und läuft ins Schlafzimmer.

„Da, lies mal!“ sagt sie von der Tür her.

Ich nehme den Band her und besehe mir ihn. — Es ist der Mauveilchenroman einer Dame. Dann lese ich die angemerkte Stelle: „Da verbarg sie das über und über erglühende Gesichtchen an der breiten Brust Egons und flüsterte ihm das beseligende Geständnis einer jungen Gattin ins Ohr“ — — —

Das versetzt mir einen gelinden Schlag, so daß ich eine Weile unbeweglich bleibe. Drüben aus dem Schlafzimmer meine ich einen ängstlichen Herzschlag zu hören, wie ihn der hat, der lauschend den Atem anhält.

Wie mir da vieles klar wird! Und wie das gar nicht in meinen Kram paßt! Aber nicht im geringsten!!

Mit unschlüssigen Schritten trete ich endlich über die Schwelle. Sie liegt schon im Bett, dem Licht abgewandt und den Kopf unter die Steppdecke gesteckt.

Nach einem kurzen Schweigen beginne ich: „Aber wieso ist denn das nur gekommen?“

Unter der Decke hervor kommt es ziemlich unwirsch: „Wieso denn nur?! — Dumme Frage. Eben so!“

Ich bin still, ziehe mich aus und lege mich nieder. — So etwas wirft mit einem Male alles über den Haufen; alles kehrt es um, und die schönsten Pläne fallen ins Wasser.

Aber schließlich heißt es sich dareingeben, und ich hebe von neuem an: „Weißt du, das Schlimmste ist es ja noch lange nicht. Es tut mir nur um deinetwillen leid.“

„Ach, wenn es darum wäre!“ stößt sie, plötzlich in Tränen ausbrechend, hervor.

„Ja, warum weinst du denn nur?“

Unter Schluchzen tönt es zurück: „Das arme Kind!“

„Welches arme Kind?“

„Nun, das, das wir bekommen.“

„Warum soll denn das auf einmal ein „armes Kind“ sein?“

„Weil es willenlos und energielos und darum unglücklich sein wird.“

„Weshalb aber in aller Welt?“

„Weil Kinder, die die Eltern nicht gewollt haben, immer so sind. Sie haben halt dann auch keinen Willen.“

Ich bin ganz erstaunt und meine: „Das ist mir neu.“

„Aber wahr ist es doch.“

„So? — Woher weißt du das nur?“

„Oh — h!! — Im Strindberg. — Im „Vater“!“

Jetzt empöre ich mich aber: „Mein Kind, Strindberg ist ein Esel!“

„Auf einmal?“ spottet sie schluchzend.

„Jawohl. Er ist ja ein ganz großartiger Kerl, aber so wie so nur mit Vorsicht zu genießen, und wenn er auf Mann und Weib kommt, wird er entschieden anormal.“

Sie beruhigt sich etwas und flüstert nach einem ... Nachdenken: „Du könntest am Ende recht haben.“

„Aber gewiß,“ beeile ich mich, sie zu bestärken.

Gleich fängt aber das Weinen verdoppelt wieder an, und sie jammert: „Und wenn auch! — Es tut mir nur so weh, daß wir uns vor dem kleinen Wesen geradezu entsetzen, kaum, daß es zum ersten Male zu merken gegeben hat: ich bin da, — daß es aber auch nicht ein wenig mit Freude und Liebe begrüßt wird.“

Ich versuche sie zu trösten. „Nun ja. Allerdings war ein Erstauntsein unsere erste Empfindung, aber das ist wohl meist so. Und gerade darum wollen wir es erst recht von Herzen liebhaben, wenn es dann auf der Welt ist.“

Sie gibt sich zufrieden und bittet nur: „Nicht wahr, das wollen wir? Sonst wäre es doch wirklich ein armes Kind.“

Am Ende legt sie den Kopf auf meine Brust, ein paarmal schluckt sie noch die Tränen herunter, dann schläft sie fest.

Die Monate vergehen und bringen ihr viel Schweres.

Wenn ich sie munter stimmen will, lächelt sie mir unbeschreiblich gut zu und meint: „Es mag schon alles sein, wenn jetzt nur dein Wunsch sich erfüllt, und ich dir ein Mädel schenke, das auch meinethalben mein rotes Haar haben soll.“

Endlich an einem silberhellen Wintermittag ist die Zeit da.

Die weise Frau ist schon im Hause; eine muntere, junge Person, die helle Zuversicht in die Wochenstube trägt. Und sauber und reinlich ist sie. Sie führt das Sublimat in einer Bierflasche mit sich und wäscht sich halbe Stunden lang die Hände.

Ich fühle mich am anderen Ende der Wohnung gar nicht extra. Es ist mir im Gegenteil im höchsten Grade unbehaglich zumute. Zuweilen plaudere ich ein paar Worte mit dem Jungen, der in der Küche beim Mädchen sitzt und zur Mutter will. Dann laufe ich wieder im Zimmer aus der einen Ecke in die gegenüberliegende oder aber an den vier Wänden lang. Wie der Eisbär an einem Augustsonnennachmittag.

Trotzdem ist es nicht zu lange, da wird nach mir gerufen.

Im Flur kommt mir die Frau entgegen.

„Schon glücklich vorüber?“ frage ich sie hastig.

„Alles in Ordnung,“ antwortete sie und nickt, selbst wie vor Freude strahlend.

Drinnen liegt die Geliebteste, ein wunderbares, erhabenes Glück im Gesicht, los und leicht unter der Decke hingestreckt. Mit einer milden Gebärde streckt sie mir die weiße, weiche Hand hin und zeigt mit den Augen auf das Bündel, das neben ihr auf dem Kissen liegt.

„Da hast du dein Mädel,“ spricht sie leise, und ein klein wenig lächelnd fügt sie hinzu: „— und mein Haar hats auch. Da schau!“

Der kaltere Januarsonnenschein strahlt auf das Bett, und in seinem Glanze schimmert das winzige Köpfchen hell golden.

Da fehlt mir auch einmal jemand, dem ich danken möchte.

Eine Person. — Ein Gott.

Obwohl doch nichts als das natürlichste und das geheimnisreichste Wunder der Welt eben wieder geschehen ist.

— Aber da ist niemand.

Und ich küsse andächtig die liebe, matte, weiße Hand der Mutter.

Aus dem Roman-Zyklus „Die Seligen“.

Landesbibliothek Oldenburg